

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Frangierlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeitspalte. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 32

Sonntag, den 10. August

1913

Jugend und Arbeiterbewegung.

Es macht den jämmerlichsten Eindruck der Notlosigkeit, wie die Gegner der Arbeiterbewegung sich bemühen, alle Kanäle, aus denen die Bewegung Zufluß erhält, abzudämmen. Mit Bangen sehen sie, wie das öffentliche Auftreten der organisierten Arbeiter auf die Jugend einwirkt, so daß auch die Jugend von einem neuen Geiste erfüllt wird, der sich nicht mehr von Neugierlichkeiten oder oltühergebrachten Gewohnheiten von den großen Zielen der Arbeiterbewegung ablenken läßt. Freilich werden von den Bürgerlichen alle Register gezogen, den alten Einfluß auf die Jugend zu behalten, aber es hilft alles nichts — die treibende Jugend geht den Praktikanten einer verblühten Jugendbildung verloren.

Selbst in der Schule wird schon der Reiz in die heranwachsende Jugend gelegt, über die Warnungen beschränkter Lehrer vor der Sozialdemokratie hinauszugehen. Das Kind, aufmerksam gemacht durch solche Warnung, will einmal aus anderem Munde hören, was für eine Bewandnis es eigentlich mit der so + + + angekreideten Sozialdemokratie hat. Soweit Arbeiterkinder in Betracht kommen, wird der einmal angeregte Wissensdrang bald befriedigt, natürlich in entgegengesetzter Weise, als diese Sorte Jugendbildner es erstrebte, und die, wie gewöhnlich, später erst merken, was sie mit ihren Warnungen ange richtet haben.

So ähnlich ergeht es auch den bürgerlichen Parteien, die einmal dies, ein andermal jenes versuchen, die Jugend von der Sozialdemokratie abzuhalten. Als ihr stärkstes Mittel hierzu betrachten sie natürlich die Gesetzgebung. Hilft die Verblühtenstatistik nichts, dann soll der gesetzliche Zwang die Jugend fern von sozialdemokratischen Einflüssen halten. Deshalb ist das Reichsvertragsgesetz mit seinem Verbot: junge Leute unter 18 Jahren dürfen nicht in politische Vereine eintreten und auch nicht politischen Versammlungen beizuwohnen — geschaffen worden.

Von diesem Verbot ausgenommen wurden die Gewerkschaften, in denen die wirtschaftlichen resp. die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, also auch der jugendlichen, Gegenstand einer fördernden Tätigkeit sind. Und es war das Mindeste, was den Arbeitern zugestanden werden mußte, denn die jugendlichen Arbeiter sind meist vom vierzehnten Jahre ab auf eigene Füße gestellt, d. h. sie müssen durch Lohnarbeit ihr Brot verdienen. Darin stehen ihnen die Gewerkschaften mit all den bekannten Hilfsmitteln bei. Dies wissend, hat sich eine ganz respektable Zahl jugendlicher Arbeiter den Gewerkschaften angeschlossen, wenn die Zahl auch noch viel größer sein müßte. Aber es geht vorwärts!

Das verschneit nun bürgerliche Staats- und Gesellschaftsretter. Mit falscher Auslegung des Vereinsgesetzes erklärt man hier und da gelegentlich die Gewerkschaften für politische Vereine, von denen junge Leute unter 18 Jahren auszuschließen sind. Mehrere Gewerkschaften haben den Kampf um solche Auslegung des Gesetzes schon durchgeführt, aber immer aufs neue wird die gleiche Handhabung des Gesetzes wieder versucht. Das kann wohl Störungen veranlassen, aber es erreicht den Zweck nicht, den die rabiaten Gegner der Arbeiterbewegung erstreben. Man sieht die Erfolglosigkeit ein, die Arbeiterbewegung greift unter der Jugend um sich, alle mechanischen oder gewalttätigen Hilfsmittel können die ausflürende Berührung mit der Arbeiterjugend nicht verhindern.

Gegenüber den ausgesprochenen Mißerfolgen verfallen nun unsere Gegner in das extreme Vorgehen: sie schreiben offen die politische Beeinflussung der jugendlichen in ihrem Parteinteresse. Sie raten das wohl immer, nur leugneten sie es, und hielten den Sozialdemokraten die Phrase entgegen: Die Jugend muß von der Politik ferngehalten werden. Nach dieser zwieschlächtigen Methode sind alle Jugendbestrebungen der bürgerlichen Parteien gerichtet. In nationalen oder konfessionellen Jugendvereinen wird politische Beeinflussung getrieben, weil man einseht, daß früher oder später die jungen Arbeiter doch mit Notwendigkeit die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge begreifen lernen müssen, wenn der Kampf um die Arbeitsverhältnisse sie direkt mit betrifft.

Da ist es sehr bezeichnend, wie diese Entwicklung der Dinge im ultramontanen Lager von Einzelnen betrachtet wird, obgleich man gerade dort alles aufbietet, die Jugend von der Sozialdemokratie fernzuhalten. In der Zeitschrift „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland“ schriebte unlängst ein Pseudonymus, „Germanicus“, die Gefahr, die in den liberalen und sozialdemokratischen Jugendbestrebungen liegt, und kommt dabei zu folgenden Schlüssen:

„Die Jugend hat mit der Politik nichts zu schaffen. Andere denken anders. Während man sich auf unserer Seite um den politischen Nachwuchs im allgemeinen herzlich wenig kümmert, ist die Sozialdemokratie rastlos an der Arbeit, sich das heranwachsende Geschlecht zu sichern. Wir stehen erst am Anfang der sozialdemokratischen Jugendbewegung, oder soviel ist heute schon gewiß: Wo mit solchen Weisheit und solcher Energie, mit so planvoller Zielstrebigkeit gearbeitet wird, da kann der Erfolg nicht fehlen. Manche können sich nicht genug über die sozialistischen Jugendbunzlüge ereifern mit ihrer gewissenlosen Verheerung und Vergiftung junger Seelen. Raiber Bürgerzorn, der besser wäre, vom Feinde zu lernen.“

Auf unserer Seite besteht hier ein Mißstand, der leicht verhängnisvoll werden kann und nachdrücklich bekämpft werden muß. Der überlieferte Spruch: Jugend und Politik hätten nichts miteinander zu schaffen, darf ruhig, ja muß zum alten Eisen geworfen werden. Er war eigentlich nie ganz richtig. Und so sprechen wir es unbedenklich aus, unsere Jugend muß politisch erzogen werden, ja, als Zentrumsjugend mit allem Eifer und aller Corpspolitik erzogen werden. Diese Forderung scheint uns so zeitgemäß und von solcher Tragweite und Wichtigkeit, daß sie nicht laut genug erhoben und in allen überzeugten Zentrumskreisen nicht eindringlich genug propagiert werden kann.“

Hier spricht nur einer einmal aus, was längst von Pfaffen und Zentrumspolitikern betrieben wird. Gesetzliche Vorschriften, wie die in Reichsvertragsgesetz, sollen nur die Sozialdemokratie hindern, so zu handeln, wie die Bürgerlichen es trotz des Gesetzes tun. Wollen die Gegner der Arbeiterbewegung die politische Erziehung noch offener betreiben, so mögen sie es tun. Der Vorteil wird dabei auch auf sozialdemokratischer Seite sein.

Vorkäuflich wird jedoch die alte Methode weiter verfolgt, die sogar Gewerkschaften für politische Vereine erklärt, damit sie außerstande gesetzt werden können, jugendliche als Mitglieder aufzunehmen. Wenn dieses Vorgehen gegen Gewerkschaften jedoch weiter um sich greifen sollte, werden die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Angelegenheit in der Öffentlichkeit und in der Gesetzgebung gründlich vorgemessen wird. Ob dann der Standpunkt „Germanicus“ zur Geltung kommt, das würde der Arbeiterbewegung keine Kopfschmerzen verursachen, sie muß sich ja jetzt schon nach der jeuitischen Praxis bürgerlicher Jugendzieher richten und wird ohne Zweifel über alle Schwierigkeiten hinwegkommen, weil ihr viele Wege offen stehen, die die Absichten der Gegner durchkreuzen.

Die proletarische Jugendbildung muß so himmelweit von der der bürgerlichen verschieden sein, wie die Interessen des Proletariats von denen seiner Ausbeuter. Bürgerliche Erziehungsmethoden können offen gegen gesellschaftliche Vorschriften verstoßen, da kräftig kein Zahn danach. Proletarische Erziehung muß Gesetzesvorschriften beachten, erreicht aber trotzdem ihr Ziel. Diese Verschiedenartigkeit der Stellung bedingt schon ein durchgreifenderes System der Jugendbildung auf proletarischer Seite, muß also unter allen Umständen auch von größerem Erfolge sein. Dagegen können die Bürgerlichen nicht auf, mögen sie tun, was sie wollen. Alle Zweischlächtigkeit in der Handhabung der Gesetze muß der Arbeiterbewegung nützen. —

Zur Arbeitslosenfürsorge.

Ohne fortgesetztes Drängen von gewerkschaftlicher Seite ist in der Frage der Arbeitslosenfürsorge kein Vorgehen von amtlichen Stellen zu erwarten. Bekanntlich hat noch bei jeder Anregung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage die Regierung eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt und die Regelung der Arbeitslosenfürsorge als eine Aufgabe der Einzelstaaten und der Gemeinden bezeichnet. Umgekehrt schieben letztere diese Aufgabe dem Reiche zu. Durch diese Hin- und Herbewegung wird eingreifende Hilfe verschoben, was wohl auch der Zweck dieser Schieberei ist.

Jüngst wiesen wir schon darauf hin, daß mit der Ausbreitung der Krise die Frage wieder auf die Mägel brennt, was zur Minderung der Arbeitslosigkeit geschehen soll und wie man den unglücklichen Betroffenen Hilfe leistet. Da hat nun der Münchener Gewerkschaftsbund die Initiative ergriffen, zunächst den Umfang der Arbeitslosigkeit festgestellt und sodann die Regierung um Abhilfe ersucht. Eine Denkschrift stellte fest, daß Mitte Juli allein von den Mitgliedern der Gewerkschaften in München 6000 arbeitslos waren, darunter 1600 mehr als 15-jährige Arbeiter. Die Organisation der Bauarbeiter zählte 3000 arbeitslose Mitglieder.

Nun sandte der Gewerkschaftsbund eine Deputation an die städtischen und staatlichen Behörden, die mit der Vergebung öffentlicher Arbeiten betraut sind; dort regte die Deputation die Aufhebung von Bauten an. Es wurden auch städtische Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt, natürlich reichte aber nicht aus.

Dann sandten auch die städtischen Kollegien eine Deputation an die Ministerien, und die Deputation des Gewerkschaftsbundes wurde beim Minister des Innern, v. Soden, vorstellig. Die Folge dieses Drängens war ein Erlaß, ein Handschreiben des Prinzregenten an den Minister des Innern; der Wortlaut des Erlasses ist folgender:

„Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Berichte entnommen, daß die Mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Berichte aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die viel erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Ermägungen gezogen wurden. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tunlichster Abhilfe beauftrage ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und Mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Am 23. Juli war die Gewerkschaftsdeputation beim Minister, am 27. Juli wurde der vorstehende Erlaß bekannt gegeben; man sieht, daß hier eine schnelle Entscheidung erfolgte, die im Interesse der Sache geboten ist. Nun ist nur nötig, daß das Ministerium ebenso schnell zugreift, denn schnelle Hilfe ist notwendig; sie sollte längst eingetreten sein, da auch ein Minister des Innern Kenntnis von den Mißständen haben könnte, gegen die der Gewerkschaftsbund schon monatelang ankämpfte.

Vor allem kommt eben Arbeitsbeschaffung in Betracht, die besser hilft, als direkte Geldunterstützung. Aber da die Arbeitslosigkeit eine dauernde Begleitererscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, so muß auch eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Dieses Projekt muß nun endlich aus dem Kreis der Erörterungen heraus, es muß verwirklicht werden. Der obige Erlaß dringt leider nicht auf Verwirklichung, sondern läßt der Verzettelung wieder Tor und Tür offen. Mit der Berichterstattung über den Gang der Dinge wird es auch nicht so eilig gehen, so daß die alte Methode der Hin- und Herbewegung wieder das Endergebnis sein wird.

Das darf um so eher angenommen werden, als das jetzige liberale Ministerium von der Zentrumsparlei an Stelle des früheren Ministeriums gestellt wurde, weil letzteres den Zentrumskapitalisten auf sozialpolitischem Gebiete zu eifrig vorgegangen sei, obgleich die Arbeiter wenig davon verspürten. Wohl hatte es sich mit der Frage der Einführung einer Arbeitslosenversicherung befaßt, aber zur Tat ist es auch nicht übergegangen.

Wie das jetzige Ministerium seine Aufgabe aufsaßt, muß sich bald zeigen. Soll der Erlaß des Prinzregenten nicht dieselbe Würdigung in Arbeiterkreisen erfahren, wie die bekannten Erlasse Wilhelms II., die seit 1890 der Erfüllung harren, dann muß schnell etwas geschehen.

Verhaltensmassregeln für die Unternehmer.

Der Unternehmerverband der Papier- und Zellstofffabrikanten hat seinen Mitgliedern eine Anzahl vertraulicher Ratschläge für das Verhalten bei Streiks und Ausperrungen zugesandt. Der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, ist in der Lage, diese Ratschläge nebst andern Vertraulichkeiten aus dem Unternehmerverband einer weiteren Öffentlichkeit unterbreiten zu können. Die veröffentlichten Ratschläge sind ein so wertvoller Beitrag zur Beleuchtung der Grundzüge und der Taktik der Unternehmerverbände, daß wir sie hier wiedergeben wollen.

1. Allgemeine Regeln.

a) Nimm in allen Arbeiterfragen Fühlung mit der Fach- und Lokalorganisation des Arbeitgeberverbandes. Beide Verbände müssen sich gegenseitig in die Hand arbeiten, um drohende Streiks im Keime zu ersticken.

b) Prüfe jede Forderung deiner Arbeiter daraufhin, wie weit du sie nach Lage deines Geschäfts, und ohne deine Berufsgenossen zu schädigen, bewilligen kannst. Hast du eine Forderung einmal abgeschlagen, so beharre auf deinem Standpunkte.

Die nachträgliche Bewilligung von Forderungen erregt bei deinen Arbeitern den Eindruck der Schwäche und ruft neue Forderungen hervor.

c) Versuche, in deiner Fabrik einen patriotischen Werkverein zu gründen, oder deine Arbeiter wenigstens teilweise einem nationalen Arbeiterverbande anzuschließen.

Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und wollen dir in Streitfällen eine wertvolle Stütze sein.

2. Fall des Ernehmens der sozialdemokratischen, Hirsch-Dunderschen oder christlichen Arbeitervereinigungen um den Eintritt in Verhandlungen mit dem Gewerkschaftssekretär.

a) Lehne, soweit du vermagst, Verhandlungen mit der Arbeitergewerkschaft oder ihren Führern ab.
b) Verstehe dich darauf, daß die Vereinigung nicht befragt ist, keine gesamte Arbeiterschaft zu vertreten. Verhandle, soweit du kannst, nur mit der eigenen Arbeiterschaft!

3. Fall des Ernehmens um Abschluß eines Tarifvertrages.

Vermeide den Abschluß eines Tarifvertrages, denn er wird dir keinen Frieden innerhalb deines Betriebes bringen. Die Gewerkschaften, die die Tarifverträge selbst als Kampfverträge bezeichnet haben, werden nach Ablauf der geltenden Verträge neue Forderungen stellen, und du mußt den Frieden eines oder mehrerer Jahre mit neuen Opfern bezahlen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Anstände gerade in denjenigen Fabriken auszubrechen pflegen, die mit den Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben.

4. Fall des Ausbruchs eines Streiks.

a) Sollte ein Streik ausbrechen, so mache sofort der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten und womöglich auch der Geschäftsstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Mitteilung unter genauer Darlegung der Ursachen des Streiks und unter Beifügung einer alphabetisch geordneten Liste nebst Geburtsorten und Geburtsdaten der streikenden Arbeiter. Mache auch deinem lokalen Arbeitgeberverbande sogleich Mitteilung.

b) Teile der Geschäftsstelle sofort mit, welche übernommenen Lieferungen durch den Ausbruch des Streiks unmöglich werden und für welche Stoffe du ev. der Aus- hilfe durch andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bedarfst.

c) Benachrichtige, wenn es dir zweckmäßig erscheint, deine Kundschaft von drohenden Schwierigkeiten oder Ausfall der Lieferungen.

d) Benachrichtige die Geschäftsstelle, ob du die Beforgung von Arbeitswilligen wünschst und ev. in welcher Anzahl.

e) Erwäge, ob du durch eine völlige Stilllegung des Betriebes die Beendigung des Streiks eher durchsetzen wirst und ziehe ev. den Rat der Geschäftsführung bzw. des Vorstandes ein.

f) Teile der Geschäftsführung mit, wie weit nach deiner Ansicht die Aussperrung von Arbeitern in benachbarten Fabriken zur Beendigung deines Streiks beitragen würde.

Von einer Besprechung der einzelnen Anweisungen können wir Abstand nehmen, ihr Zweck und ihre Motive liegen durchweg klar zutage. Immerhin sei auf den Rat- schlag unter c besonders aufmerksam gemacht. Er bildet einen neuen Beleg für die alte Tatsache, daß die Gelben von den Unternehmern benutzt und planmäßig als Streik- brecherschutzgarde gegen die Gewerkschaften gegründet und gefördert werden. Diese Tatsache tritt in vertraulichen Anweisungen der Papierfabrikanten offen hervor. Das wird gewisse Leute natürlich nicht hindern, die Gelben auch weiterhin als ein „Produkt des sozialdemokratischen Ge- werkschaftsterrors“ hinzustellen.

Rundschau.

Besteuerung der Heimarbeiter. Unter den 3000 Heimarbeitern der Stadt Dffenbach herrscht große Er- regung. Diese Heimarbeiter der Lederindustrie, die im Auftrage ihrer Arbeitgeber zugeschnittene Waren in ihrer Wohnung gegen Stücklohn herstellen und wöchentlich ab- liefern, wurden auf Grund des neuen heftigen Umlage- gesetzes als selbständige Gewerbetreibende angesehen und demgemäß zur Gewerbesteuer herangezogen. Dadurch kam es, daß Heimarbeiter, die wenig mehr als ihre Werkstatt einrichtung besitzen, zur Gewerbesteuer, der ein Betriebskapital von 20 bis 60 000 M zugrunde gelegt ist, herangezogen wurden. Die Heimarbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß sie nur Arbeiter, nicht aber Gewerbetreibende seien, und legten massen- haft gegen die Veranlagung Reklamation ein. Des we- teren fand eine starkbesuchte Versammlung der Heimar- beiter statt, in der gegen die Besteuerung Einspruch und Protest erhoben wurde. Sehr wichtig für das schließliche Resultat der Reklamationen ist der Ausgang einer gericht- lichen Klage, die in erster Instanz bereits zugunsten der Heimarbeiter ausfiel. Das Kreisamt hatte die Heim- arbeiter aufgefordert, sich einen Gewerbebeschein zu verschaf- fen, nachdem Heimarbeiter nach dem neuen Umlagegesetz nicht mehr als Lohnarbeiter angesehen wurden. Dieser Aufforderung kam unter andern der Fortseuiller Puth nicht nach, der auf dem Standpunkte beharrte, er sei nur Lohnarbeiter. Vor dem Schöffengericht kam der Streitfall zur Verhandlung. Die Sachverständigen, darunter der Syndikus der hiesigen Handelskammer, Dr. Craß, stellten sich auf die Seite des Puth, worauf dessen Frei- sprechung erfolgte. Das Kreisamt legte gegen diese Ent- scheidung Berufung ein, um ein authentisches Urteil zu er- langen. Schließt sich, was leicht eintreten kann, die höhere Instanz diesem Urteil an, würde die ganze Heranziehung der Heimarbeiter zur Gewerbe- und Betriebssteuer hin- fällig werden, wenigstens für die Heimarbeiter, die keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen.

Hunger und Arbeitslosigkeit. Während im Juni auf Grund der vom Statistischen Landesamt Preußens ver- öffentlichten Uebersicht konstatiert werden konnte, daß im Durchschnitt die Fleischpreise gesunken waren, ist nach der jüngsten Uebersicht wieder ein Steigen zu verzeichnen. Zu 23 Markorten Preußens kostete im Durchschnitt das kilo Fleisch im Kleinhandel 180,1 S, gegen 179,3 S im

Juni und 182,4 S im Juli 1912. Rindfleisch stellte sich auf 201,3 S gegen 201,1 S im Vormonat und 196,4 S im Vorjahr. Hammelfleisch stieg von 201,8 S im Juni auf 202,0 S und ist jetzt um 13,5 S teurer als im Juli 1912. Auch der Preis des Schweinefleisches zog etwas an, indem er 164,6 S gegen 164,3 S im Juni und 163,7 Pfennig im Juli 1912 betrug. Rindfleisch kostete 91,2 S gegen 91,1 S und 79,5 S im Vormonat und Vorjahr. Schweineschinken im ganzen hatte einen Preis von 270,5 (269,7 und 258,8) S und im Aufschnitt von 378,5 (377,7 und 354,4) S. Schweinespied von 192,1 (192,4 und 184,1) S. Nur der Preis für inländisches Schweine- schmalz sank von 186,9 auf 186,1 S, ausländisches hin- gegen stieg von 144,8 S im Vormonat auf 144,7 S. Das sind schlimme Ausichten: Steigerung der Lebensmittel- preise und große Arbeitslosigkeit.

Keine Hilfe für die Arbeitslosen. Der wirtschaftliche Niedergang in der Stickerindustrie des sächsischen Vogt- landes lastet auch schwer auf allen anderen Berufen. Die Arbeitslosigkeit nimmt erschreckende Formen an und sind die Folgen kaum noch zu beschreiben. In Plauen i. V. hatte deshalb das Gewerkschaftsamt am Mittwoch eine große Arbeitslosenversammlung ein- berufen, die sehr gut besucht war. Hier wurde unter an- dern auch festgestellt, daß die Gewerkschaften im 1. Halbjahr 1913 25 216,08 M Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt haben, während es im gleichen Zeitraum des Vorjahres 7124,25 M waren. Trotz all des Glanzes ist aber die Stadtverwaltung mit ihrer sozialen Rückständigkeit nicht vom Fleck zu bringen. Von den bürgerlichen Stadtber- tretern war trotz der brieflichen Einladung nur ein ein- ziger erschienen, der in der Diskussion meinte, daß die jetzige Krise das System der Arbeitslosenunterstützung mächtig gefördert hat. Von dem Stadtrat war nicht ein einziges Mitglied zur Stelle. Die einzelnen Redner nannten natürlich dieses Verhalten beim richtigen Namen. Eine einstimmig angenommene Resolution verlangt von der Stadtverwaltung die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, unentgeltliche Speisung der Kinder Arbeitsloser, Erlaß der Staats- und Gemeindecinkommen- steuer für die Arbeitslosen, unbedingte Vermeidung von Ueberstunden in den städtischen Betrieben, dafür Ein- stellung von Arbeitslosen, Verweigerung von Ueberstunden in allen privaten Betrieben durch das Polizeiamt, sofor- tige Gewährung ständiger finanzieller Beihilfen an die Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen nach dem Genter System. Abtügenfalls soll diesen Forderun- gen gehöriger Nachdruck durch persönliches Vortritt- werden bei den zuständigen Stellen gegeben werden. Nach der Versammlung zogen 6 bis 700 Teilnehmer in zwang- losen Gruppen vor das Rathaus, wo sie in durchaus fried- licher Absicht für ihr Verlangen demonstrierten. Von der Polizei wurden zwei Sistierungen vorgenommen.

Der Streikbrecher als Straßenräuber. In Wal- denburg i. Schl. wurde am Freitag der Schlosser Hoff- mann vom Schraubstock weg verhaftet, weil er im Ver- dacht des Straßenraubes stand. Er hatte vor einigen Tagen einen Bergmann überfallen und ihm seinen ganzen Wochenlohn im Betrage von 28 M entziffen. Hoffmann hat die Tat eingestanden. Der Straßenräuber war vor vier Wochen noch eines der nützlichsten Elemente, die beim Metallarbeiterstreik in der Wilhelmshütte in Altmasser den Streikbrecher machten und andere mit großem Eifer zum Streikbruch zu verleiten suchten.

Unbewußte Selbstkritik. Daß gewerkschaftliche Füh- rer mit Befriedigung konstatieren: unsere Taktik verhin- derte zwar den Zuwachs von Mitgliedern, brachte uns gar Verluste, trotzdem sind wir stolz auf unsere, solches bewir- kendes Maßnahme, das ist gewiß kein alltägliches Vorom- nens. Die M.-Glabbacher jedoch bekunden nun öffentlich Freude über ihre Streikbruchstrategie, die den Zuwachs von vielleicht 20- bis 30 000 Mitgliedern verhindert habe. Man merkt: die Christen sind in jeder Beziehung — außer- gewöhnlich. Hören wir, was das Zentralblatt der christ- lichen Gewerkschaften in seinem offiziellen Jahresbericht den Lesern für einen seltenen Genuß bereitet. Man liest dort:

„Hätte der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter sich an dem Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt, und hätten nicht einige größere Verbände (in Vorzüge für die Zu- kunft) im Berichtsjahre größere Beitragserhöhungen durchgeführt, so hätten die christlichen Gewerkschaften, wie dies aus der Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände mit ausreichender Klarheit zu ersehen ist, auch in 1912 sich eine Gesamtmitgliederzunahme von 20 000 bis 30 000 sichern können. Aber auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften werden zugehen müssen, daß die von letzteren im Berichtsjahre ausgetragenen Kämpfe für die zukünftige Position der christlichen Ge- werkschaftsbewegung bedeutungsvoller sind als eine ein- malige Mitgliederzunahme...“

Das ist ja zum Verzweifeln! Wichtiger als eine einmalige Mitgliederzunahme ist der Rückgang unserer Bewegung — von Dauer hoffentlich —, denn die sozialdemokratische Bewegung ist durch unsere Streikbruch- praxis im Kampfe gegen das Kapital geschwächt worden! — Das ist die weitere Logik des Zentralblattes für Streik- bruchherherrlichen. Die den Arbeitern mit den glanz- vollen Streikbrüchen bereiteten Niederlagen — Ruhrber- garbeiterstreik — sind mit dem Nichtzuwachs von zirka 30 000 Mitgliedern für die christlichen Verbände, mit einer dem Kapital gesicherten goldenen Ernte, mit der Festigung der Willkürherrschaft der Grubenmagnaten nicht zu teuer erkauft! —

Das verkünden in ihrer Uebertreibung die M.-Glab- bacher Streikbrecherorganisatoren und Streikbruchherherr- licher. Darin sind wir mit ihnen einig: die Schwächung der christlichen Gewerkschaften ist kein Nachteil — für die Arbeiter! Vielleicht berührt es die Unternehmer schmerz- haft. Den Häuptlingen des Streikbruchs gönnen wir sol- ches Beileid. Wir gratulieren.

Die Ursache der Landflucht. Immer wieder wird von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß die Zollerhöhungen auf die Dauer der Landwirtschaft gar nichts nützen, weil die durch die Preissteigerung der land- wirtschaftlichen Produkte erzielten höheren Erträge sehr rasch kapitalisiert werden und die Bodenpreise entsprechend steigen. Das wird bestätigt durch eine Zuschrift an die „Pöln. Zeitung“, in der sich ein konservativer Landwirt aus Pomern mit der Arbeiterfrage in der Landwirtschaft befaßt. Bekanntlich schreien die Agrarier immerfort über die begehrlischen vergnügungssüchtigen Arbeiter, die nicht mehr mit dem zufrieden sind, was ihnen ihre Herren auf dem Lande gnädigt gewähren und nach den Städten ab- wandern. Der Verfasser der Zuschrift sagt nun seinen Standesgenossen, daß sie selbst an der Landflucht schuld seien, weil sie ihren vermehrten Verdienst nicht zur Linderung der Landarbeiternot verwendeten, sondern zur Exporttreibung der Bodenpreise.

„So erfreulich diese Tatsache ist, so unerfreulich sind die Folgen. Denn weder scheint der steigende Verdienst eine höhere Entschul- dung des ländlichen Grundbesitzes herbeiführen zu wollen, noch wird er in ausreichendem Maße zur Linderung der schlimmsten Not, der Arbeiternot, verandt. Durch ein übertriebenes Höherhalten der Bodenpreise bei Verkäufen und Verpachtungen ist der höhere Gewinn dazu bestimmt und muß dazu dienen, die Bodenrente auf geringeren Höhe zu halten. Daß dieses Verhalten durchaus kurzfristig ist, liegt klar auf der Hand. Vielleicht kehrt ein so kräftiges Anzeichen der Konjunktur so bald nicht wieder. Vielleicht ist es dann aber auch schon in mancher Beziehung zu spät. Jahraus, jahrein ziehen die besseren unter den Landarbeitern in die Stadt, und was einmal dort ist, kehrt nach alter Erfahrung nicht wieder zurück.“

Der Mann weist dann noch darauf hin, daß in vielen ländlichen Gebieten ein großer Mangel an Woh- nungen herrsche und viele junge Arbeiter deswegen auswanderten, weil sie keine genügenden Woh- nungen bekommen könnten. Am Schluß seiner Zu- schrift sagt er:

„Daß die deutsche Landwirtschaft finanziell in der Lage ist, den Bau von Arbeiterwohnungen zu ermöglichen, beweist die Er- richtung von zahlreichen Ueberlandzentralen, trotzdem durch sie anerkanntermaßen eine Verbilligung des Betriebes rechtmäßig nicht erreicht wird. Denn allerdings muß es sich der deutsche Großgrund- besitz gefallen lassen, wenn ihm der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht nur das Land entvölkere, sondern auch die deutsche Landwirt- schaft entnationalisiere!“

Ausländische Wanderarbeiter kann man leicht in einem Schuppen oder einer Schiene zusammenpferchen. Das ist billig. Aber der Bau und die Unterhaltung von anständigen Arbeiterwohnungen kostet Geld. Der Ertrag der Güter und damit die Aussicht auf Erzielung eines hohen Preises beim Verkauf des Gutes wird vermindert. Und deshalb lassen die Herren Großgrundbesitzer den Bau von Arbeiterwohnungen sein. Ob sie sich den Vorwurf, schuld an der Entnationalisierung der deutschen Landwirt- schaft zu sein, gefallen lassen müssen, ist ihnen total schnuppe. Wenn sie nur ihren Geldbeutel gehörig füllen können.

Gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Wie die Eisenbahnbehörden mit Argusaugen darüber wachen, daß die Eisenbahnbeamten und -arbeiter unter keinen Um- ständen das Koalitionsrecht für sich in Anspruch nehmen, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, welcher Mittel sich die Eisenbahnbehörden bedienen, um die Gesinnung der Angestellten auszufunduschaften. Wehe dem Beamten oder Arbeiter, der auch nur verdächtig ist, einem sozialdemokratischen Abgeordneten seine Stimme ge- geben zu haben; er wird von Stunde an unter ganz be- sondere Observation genommen und fällt über kurz oder lang einem korrupten Spionagesystem zum Opfer. Die Bspizelung geht aber noch weiter: nach seiner Zeitungs- lektüre, seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, sogar danach, ob irgend einer seiner Verwandten einem Konsum- verein angehört, wird gefahndet. Bei der Erforschung solcher rein privaten Angelegenheiten wirkt denn aber ge- wöhnlich auch die königlich preußische Polizei mit. Es ist gelungen, festzustellen, daß die Polizei direkt im Dienste der Eisenbahnbehörde steht, um die Beamten und Arbeiter, besonders die Neueingestellten, auf ihre Gesinnung hin zu bespizeln. Ein besonders krasses Beispiel konnte vor einigen Tagen in Bochum festgestellt werden. Ein Arbeiter hatte an der Eisenbahn Arbeit gefunden. Er bekam den fürstlichen Lohn von 3,90 M pro Tag. Der Arbeiter war töricht genug, dieser Stellung wegen seine Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation, seine Mitgliedschaft im Konsumverein und im sozialdemo- kratischen Wahlverein aufzugeben und die Arbeiterpresse abzubestellen. Für später war ihm die Festanstellung und ein Lohn von 4 bis 4,60 M pro Tag in Aussicht ge- stellt worden. Eines schönen Tages tauchte ein unifor- mierter Polizist auf, der in bekannter Polizeischläue in der Nachbarschaft des Neuangestellten „Recherchen“ anstellte. Seine Wissensbegierde erstreckte sich zunächst darauf, ob der Betreffende einer Gewerkschaft oder einem Arbeiter- verein angehört. Zur Erklärung seiner auffälligen Neu- gierde meinte der Beamte: Die Eisenbahn hat uns beauftragt, Recherchen über den Ar- beiter einzuziehen. Nachdem er sich entfernt hatte, muß ihn wohl plötzlich doch seine Offenheit gereut haben. Er kam noch einmal zurück und bat die Frau, bei der er seine Erkundigungen eingezogen hatte, nie- manden von der Unterredung Mitteilung zu machen.

Was wäre wohl aus der Existenz des Eisenbahn- arbeiter geworden, wenn die um Auskunft angegangene Person ihm feindlich gesonnen und die Antworten auf die Fragen des Polizisten wahrheitswidrig ausgefallen wären?

Wieviel Eisenbahnarbeiter mögen diesem System schon zum Opfer gefallen sein!

Gegen diese Bspizelung und Bevormundung gibt es nur ein Mittel der Abwehr, und das ist der Zusammen- schluß aller Eisenbahner in eine gewerkschaftliche Organi- sation. Das heutige Bspizelungssystem wird so lange bestehen, wie es sich um die Maßnahmen gegen Einzelne handelt, gegen die Masse aller Eisenbahnarbeiter und -be- amten wäre es wirkungslos.

16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Der Verbandstag wurde am Montag, den 3. August, in den Räumen der „Harmonie“ in Heidelberg, morgens 9 1/4 Uhr, eröffnet.

Der Gauleiter Stock-Heidelberg begrüßt die erdhienen Vertreter. Er weist darauf hin, daß auch Heidelberg in gewisser Beziehung historischer Boden für die Tabakarbeiterbewegung ist. Schon im Jahre 1813 traten die Tabakarbeiter von Heidelberg und Mannheim mit einem Zirkular an die Tabakarbeiter heran, um einen Zusammenschluß herbeizuführen. Es sollte ein Kongress in Gann-Münden stattfinden, der aber nicht zustande kam, weil inzwischen von Berlin aus die Gründung einer Organisation durch Fröhsche erfolgte. Jetzt freilich ist Heidelberg in eine andere Situation gekommen, es wirkt heute nicht mehr tonangebend. Im Gegenteil, hier in Baden waren die Kollegen seit langer Zeit Lohnbrücker, hier suchen die Unternehmer Zuflucht, um möglichst niedrige Löhne zu bezahlen. Diese Verhältnisse sind heute noch so, obgleich doch jetzt die Verhältnisse etwas besser werden durch die Agitationsarbeit des Verbandes.

Wenn auch der Boden hier hart und steinig ist, der Gedanke der Organisation ist aber doch zum Durchbruch gekommen. Unsere heutige Tagesordnung interessiert die süddeutschen Tabakarbeiter außerordentlich. Es ist Verstandnis dafür vorhanden, daß selbst die geringsten Lohnforderungen abgelehnt werden, solange wir nicht eine starke, lebenskräftige Organisation haben. Dazu sind allerdings außerordentliche Mittel erforderlich. In diesem Sinne begrüßt er nochmals die Kollegen und spricht die Hoffnung aus, daß dieser Verbandstag ganze Arbeit leisten wird, zum Vorteil aller Tabakarbeiter. (Lebhafte Beifall.)

Dann nimmt der Vorsitzende, Kollege Reichmann, das Wort und teilt mit, daß eine Reihe auswärtiger Gäste anwesend sind. Es sind erschienen die Kollegen Fischer-Zürich, Pattermann-Wien und Bruens-Amsterdam; außerdem ist von der Generalkommission der Genosse Sabath anwesend. Er begrüßt die Gäste und hofft, daß sie sich in unserer Mitte wohl befinden und uns mit gutem Rat zur Seite stehen. Dann gedenkt Redner der vielen verdienstvollen Mitglieder, besonders des Kollegen Kiesel-Berlin, deren Andenken durch Erheben von den Sigen geehrt wird.

Wenn wir jetzt schon wieder zu einem Verbandstag zusammen sind, so deshalb, weil die Hamburger Beschlüsse nicht aufrecht zu erhalten sind. Wenn wir die wirklichen Interessen der Mitglieder fördern wollten, so müßten wir eine gründliche Aussprache stattfinden lassen. Dazu kam, daß auch die Mitglieder selbst das Bedürfnis zu einem Verbandstag kundgaben, wegen der viel berregten Frage der Arbeitslosenunterstützung in Fällen des Aussetzens. Wir wissen, daß es schwer ist, unsere Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Die Unternehmer verlegen ihre Fabriken in entlegene Gegenden und machen die Kollegen zu Lohnbrücker.

Diese Lohnbrückenden Gruppen sind nicht allein hier, sondern auch im Osten, in Thüringen usw. Wir haben zu prüfen, ob wir nicht die Propaganda besser gestalten können. Er spricht die Hoffnung aus, daß uns dies in Heidelberg gelingen wird.

Es erfolgt dann die Wahl der Leitung des Verbandstages und werden zunächst drei Vorsitzende gewählt: Reichmann-Bremen, Jurs-Neumünster und Langner-Ohlau. Dazu werden sechs Schriftführer gewählt: Haß-Nordhausen, Selpien-Hamburg, Schломann-Minden, Minuth-Berlin, Gerloff-Frankenberg, Lüdge-Magdeburg.

In die Beschwerde- und Revisionskommission werden gewählt die Kollegen: Mrosan-Dresden, Anderer-Demgo, Sandgaard-Lübeck, Sparkase-Braunschweig, Rathgeber-Mühlhausen.

In die Mandatsprüfungskommission werden entsandt die Kollegen: Kurbuch-Striegau, Liebertnecht-Berden, Hemmerich-Würzburg, Nobis-Dresden, Büchner-Neulingen, Krause-Finsterwalde, Niehaus-Richtlengern.

Deichmann schlägt vor, jetzt gleich eine Statutenrevisionskommission zu wählen, um die Mitglieder in den Stand zu setzen, sofort in der Debatte die hervorragendsten Punkte besonders zu beachten. Er schlägt eine 13gliedrige Kommission vor, aus jedem Gau einen Vertreter.

Wenzel-Dresden schlägt folgende Kollegen vor: Arfmann-Scharbeck, Salzweibel-Wernigerode, Otto Schmidt-Nordhausen, Wienands-Orsch, Schwab-Klein-Kroßburg, Dahms-Mannheim, Adam-Strasbourg, Rothäder-Karlsruhe, Kirmse-Altenburg, Frau Stolz-Dresden, Hemprich-Breslau, Kaiser-Dahme.

Diesen Vorschlägen stimmen die Vertreter zu. Dann wird die Geschäftsordnung beschlossen. Die Tagungszeit wird festgesetzt auf die Zeit von 9-1 Uhr und von 2-5 Uhr. Im übrigen wird die Geschäftsordnung in der üblichen Fassung angenommen, nur die beschränkte Redezeit der Debatterer auf 10 Minuten wird bekämpft durch den Kollegen Liebertnecht-Berden.

Deichmann tritt dafür ein.

Der Antrag auf unbeschränkte Redezeit wird abgelehnt.

Hierauf wird die Präsenzliste festgestellt.

Deichmann: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bemerke ich, daß wir beim dritten Punkt äußerst wichtige Dinge zu besprechen haben, deshalb, und auch in Rücksicht auf die Unternehmer, bitte ich, die Verhandlungen nicht öffentlich stattfinden zu lassen.

Dann nimmt Kollege Bruens-Amsterdam das Wort zur Begrüßung. Er führt folgendes aus: Vom Vor-

stande des niederländischen Verbandes bin ich beauftragt, an ihrer Tagung teilzunehmen. Die Verhältnisse sind ungefähr die gleichen wie in Deutschland und das brüderliche Zusammenhalten hat sich stets in bester Weise bewährt. Auch im letzten Streit haben die deutschen Kollegen uns in jeder Weise zu helfen und zu unterstützen gewünscht. Daß der Widerstand der deutschen Kollegen bei dem Vorhaben der holländischen Fabrikanten, den dortigen Verband zu sprengen, zurückgeschlagen. Es sei im Gegenteil eine Lohn-erhöhung erzielt, vor allem ist ein Minimallohn in den kleinsten Orten von zirka 7 M. pro Woche festgesetzt worden, in Amsterdam auf 11 M. Allerdings sei es in den katholischen Distrikten nicht in gleicher Weise möglich gewesen. Die Geistlichen setzen mit den Fabrikanten Schiedsgerichte ein, die aber keine wesentlichen Lohnerhöhungen erreichten, es sei im Grunde verfallen. Er hofft, daß es den deutschen Kollegen gelingt, auf dem Verbandstag eine Stärkung der Organisation zu erreichen.

Pattermann-Wien begrüßt die Versammlung. Es sind scheinbar in Deutschland andere Verhältnisse, weil in Deutschland die einzelnen Fabrikanten dominieren. Sie haben die Regierung und damit die ganze Kapitalistenklasse gegen sich. Aber im Grunde handelt die Regie genau so, wie in Deutschland die Fabrikanten. Auch dort herrscht allgemeine Lohnbrückerei, und die verschiedenen nationalen und politischen Verhältnisse wirken ungünstig in Österreich auf die Lohnverhältnisse. Wir haben ein großes Interesse daran, wenn es Ihnen gelingt, Ihren Verband zu einer kräftigen Organisation zu entwickeln. Davon haben auch die österreichischen Kollegen Nutzen. Deshalb wünschen wir Ihnen viel Erfolg. (Beifall.)

Fischer-Zürich führt aus, daß in der Schweiz zwar eine demokratische Verfassung, aber nur für die Leute, die über einen großen Geldsack verfügen, herrsche. Die Arbeiter sind genau so gedrückelt, wie überall. Deshalb haben auch die schweizerischen Kollegen ein großes Interesse daran, daß sich die deutsche Organisation zu einer großen und mächtigen Kampforganisation entwickelt.

Thomass-Heidelberg, Vorsitzender des Kartells, begrüßt den Verbandstag. Die Heidelberger haben versucht, den Tabakarbeitern neben ihrer ernsten Arbeit auch einige frische Stunden zu bereiten und die herrliche Gegend und die historischen Punkte des viel besungenen Heidelberg kennen zu lernen. Dieses mögen die Kollegen, die von nah und fern gekommen sind, genießen. Aber sie mögen auch ihr Augenmerk richten auf die Lage der Tabakarbeiter in der hiesigen Gegend. Die Enquete der badischen Gewerbeinspektion weist sehr schlechte Verhältnisse auf. Deshalb ist es auch Pflicht der Organisation, hier helfend einzugreifen; damit auch dieser noch zurückstehenden Arbeiterschaft ein besserer Morgen tagt. Redner begrüßt die Versammlung und wünscht dem Verbandstag guten Erfolg zum Besten der Tabakarbeiter und damit der gesamten Arbeiter in Deutschland. (Lebhafte Beifall.)

Alsdann nimmt Kollege Reichmann das Wort zur Berichterstattung über den Geschäftsbericht. Er führt einleitend aus, daß der Vorstand sich mit den Anträgen befaßt hat, die ihm vom Hamburger Verbandstag überwiesen sind. Da ist zunächst die Frage, ob es zurzeit möglich ist, einen Nahrungs- und Genussmittelverband zu begründen. Der Vorstand kann diesem Vorhaben zurzeit nicht zustimmen, da die Verhältnisse in den einzelnen in Frage kommenden Verbänden so sehr verschieden sind, daß an eine Vermittlung dieses Gedankens jetzt nicht zu denken ist. Unterstützungsvereinigungen und Beiträge sind sehr verschieden, die Summen für Unterstützungen differieren außerordentlich, sie sind bei uns am höchsten. Selbst aber wenn man diese Unterschiede ausgleichen könnte, so sind wir damit doch noch keinen Schritt weiter. Vor allen Dingen ist nötig, daß wir die große Mehrzahl unserer Kollegen und Kolleginnen in unserem Verband haben. Wir müssen uns zunächst selbst stärken, dann werden wir auch dieser Frage näher treten.

Weiter ist uns der Auftrag geworden, ein Arbeitsnachweisreglement zu schaffen. Auch dies läßt sich nicht im Moment sogleich in voller Wirkung herbeiführen. Der Vorstand legt dem Verbandstag ein Reglement vor.

Ferner wurde beschlossen, Branchenkonferenzen der Kautabak- und Zigarettenarbeiter zu veranstalten. Die Vorarbeiten sind gemacht, für die Zigarettenarbeiter ist eine Enquete veranstaltet, die der Kollege Wenzel jetzt bearbeitet. Eine gleiche Enquete ist auch für die Kautabakarbeiter veranlaßt, die aber leider absolut kein brauchbares Material geliefert hat. Der Vorstand ist der Meinung, daß eine Konferenz der Kautabakbranche nicht erforderlich ist.

Ueber die Einteilung der einzelnen Gaue und die Festbesetzung der Gauleiter wurde auch in Hamburg ein Beschluß dem Vorstande überwiesen. Diesem Auftrag ist stattgegeben. Redner kommt dabei insbesondere auf die Verhältnisse des Kollegen Kiesel, Gau Berlin, zu sprechen. Wegen der Krankheit des Kollegen war es unmöglich, diesen fest anzustellen. Wir mußten aber auch für den Kollegen Kiesel etwas tun, deshalb haben wir ihm eine materielle Hilfe gewähren müssen. Wir konnten es nicht verantworten, den Kollegen Kiesel einfach fallen zu lassen, deshalb war es eine sehr traurige Erscheinung, daß einzelne Kollegen, wir nehmen an in Unwissenheit, in so schlimmer Weise im „Tabak-Arbeiter“ die Verhältnisse des Kollegen Kiesel an die Öffentlichkeit zerren. Wir verlangen Hilfe im Alter und bei Krankheit von den Unternehmern, und selbst sollten wir anders handeln? Und was hat der Vorstand gegeben? 50 M. monatlich; es war wenig genug, und wir hätten gerne mehr getan. Aber wir konnten nicht weiter gehen.

In Verbindung mit diesem Fall kommt Redner auf die Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Besonders auf den Beschluß, daß Mitglieder bei vorübergehendem Aussetzen erst Unterstützung erhalten, wenn sie über eine Woche aussetzen mußten. An diesem Beschluß, der in der Informationschrift niedergelegt, ist auch durch die Hamburger Beschlüsse nichts geändert. Wie weit soll es denn überhaupt mit der Arbeitslosenunterstützung gehen, wenn es so weiter geht, wirkt sie schließlich demoralisierend. Unsere Organisation soll doch in der Hauptsache bewirken, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wenn wir nur in der Unterstützungsfrage immer vorwärts schreiten, so hat der Verband schließlich als Kampforganisation seinen Wert verloren. Wir würden auch zu ungeheuren Beiträgen kommen. Andere Arbeiter, die uns in schweren Kämpfen beigegeben haben, schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, wenn sie hören, in welcher Weise wir Unterstützungen zahlen.

Da nützt nicht allein das gute Herz, da brauchen wir einschneidende, durchgreifende Beschlüsse.

Fragen wir uns nun doch einmal, wie steht es mit der Werbetätigkeit und Werbetraf? Sätten wir nicht den Uebertritt der Sortierer, so wären wir sogar zurückgegangen. Dies ist wohl zum Teil auf die allgemeine Lage der Industrie zurückzuführen, aber unsere Propaganda muß doch wirksamer betrieben werden.

Trotz des schlechten Geschäftsganges haben wir doch eine ziemlich umfangreiche Lohnbewegung gehabt. Im Jahre 1911 die westfälische Aussperrung und dann im Jahre 1912 wieder eine Reihe Bewegungen zu dem Zweck, das Veriprodene auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Mit den erfolgten Lohnaufbesserungen dürfen wir uns aber keineswegs zufrieden geben. Auch der Arbeitszeitverkürzung und Ähnlichem müssen wir unsere Aufmerksamkeit mehr zuwenden. Auch aus diesen Gründen heraus müssen wir der Reorganisation näher treten. Wir hätten mehr Erfolge erzielt, wenn unsere Organisation stärker gewesen wäre. Selbst Fr. Hindenberg gibt schließlich zu, daß die Arbeiter Erfolge erzielt haben, der Lohn ist von 730 auf 753 M. gestiegen. Das ist sehr wenig, aber es ist ein Erfolg, den wir weiter verfolgen müssen durch Kräftigung des Verbandes. Auch die monatliche Lohnzahlung ist wenigstens zum Teil beseitigt, wie der Bericht des Gewerberates für Westfalen zeigt.

Auch in unserer Tarifvertragspolitik haben wir Erfolge zu verzeichnen, freilich angesichts der großen Tabakindustrie nur recht minimal. Wir müssen uns erst die Anerkennung der Unternehmer erringen. Auch die Konsumenten müssen dazu gebracht werden, mehr und mehr unsere Tarifbewegung zu berücksichtigen. Wir sind in jeder Richtung tätig gewesen, aber unsere Erfolge sind längst nicht genügend, um den Tabakarbeitern unter den jetzigen Verhältnissen eine einigermaßen auskömmliche Existenz zu schaffen. Deshalb müssen wir alle unsere Kraft aufwenden, um eine kampffähige Organisation zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf erhält der Richter Nieder-Welland das Wort. Der Kassenbericht liegt gedruckt vor und ergötzt der Redner diesen Bericht in kurzen Ausführungen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Eilken-Altena, berichtet, daß in diesem Bericht außerordentlich viele Beschwerden vorlagen. Die meisten Beschwerden mußten abgewiesen werden. Das erregte natürlich sehr viel böses Blut bei den Beschwerdeführern. Wir können aber nur versichern, daß wir nicht das Dogma der Unfehlbarkeit ausstellen für uns, aber wir haben alles objektiv geprüft. Die meisten Beschwerden richteten sich gegen die Nichtauszahlung der Arbeitslosenunterstützung. In dieser Frage stellte sich der Ausschuss auf die Seite des Vorstandes. Weitere Beschwerden betrafen die Auszahlung der Umzugs- und Gemafregelunterstützung. Die Kassenführung hat der Ausschuss regelmäßig geprüft und alles in musterhafter Ordnung gefunden, so daß Einwendungen nicht zu machen waren.

In der Debatte nimmt zunächst Schmiege-Schmiege das Wort. Er zieht den Antrag Schmiege auf Gehaltsherabsetzung der Vorstandsmitglieder und der Zahl der Gauleiter zurück, weil Hamburg und andere Orte weitergehende Anträge gestellt haben. Diese wünschen eine Einschränkung der Zahl der Gauleiter, um an Verwaltungskosten zu sparen.

Arfmann-Scharbeck: Wie ist es möglich, daß wir in so kurzer Zeit schon wieder zu einem Verbandstag zusammenzutreten müssen? Keiner will jetzt schuld daran sein. Der Vorstand und die Gauleiter hätten es verhindern müssen, daß die Hamburger Beschlüsse zustande kamen. Er wünschte die Einführung von nur drei Klassen, jetzt haben die weiblichen Mitglieder nicht das gleiche Recht wie die männlichen.

Brinkmann-Spenge wünscht, daß bei etwaigen neu aufzubringenden Extrabeiträgen nicht wieder so lau verfahren wird, wie das letzte Mal, wo so viele Beiträge gestundet wurden.

Menke-Bünde ist der Meinung, daß es den Anschein erweckt, als ob unser Verband jetzt eine Kampforganisation gegen die Beamten des Vorstandes werden solle. Die diesbezüglichen Anträge sind wahrhaft beschämend. Er wendet sich gegen den Berliner Antrag auf Bestellung eines Gauleiter. Der schlimmste Beschluß in Hamburg war, daß am 1. Juli 1912 alle Mitglieder aufs neue vollberechtigt gemacht wurden. Das hat viel Geld gekostet. Die Unterstützungsätze müssen auf alle Fälle ermäßigt werden.

Berg-Rehme: Aus dem Vorstandsbericht ersehen wir, daß unsere Verhältnisse recht schlecht sind. Redner ist der Meinung, daß die Informationschrift durch die Hamburger Beschlüsse aufgehoben war. Er wünscht, daß

über alle Anträge zur Gehaltsherabsetzung zur Tagesordnung übergegangen wird.

Selplien-Hamburg: Wir können leider, mangels einer starken Organisation, noch nicht in gehörigem Maße gegen die Unternehmungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse ankämpfen. Redner kritisiert einige Äußerungen des Vorsitzenden Deichmann in bezug auf die Verschmelzung mit den Sortierern und die damit zusammenhängenden Finanzverhältnisse. Er wünscht die Annahme des Antrags von Grimma, den Jahresbericht früher herauszugeben, und ist auch weiter der Meinung, daß die Informationschrift durch die Hamburger Beschlüsse nicht aufgehoben sei.

Mrosjan-Dresden bemerkt, daß der Vorstand in bezug auf die Unterstützungsfragen in Hamburg nicht hätte eingehen dürfen. Es muß aber jetzt hauptsächlich auf eine wesentliche Reduktion der Unterstützungen hingearbeitet werden. Er kritisiert auch das Verhalten einiger Mitglieder im Falle Kiesel. Auch er hält das gelegentliche Aussehen von der Arbeit nicht für eine Arbeitslosigkeit.

Armbrust-Berlin sagt, daß die Auslegung des § 9 von Seiten des Vorstandes viel Staub aufgewirbelt hat. Er ist aber auch der Meinung, daß der Vorstand im Rechte sei, denn dieses Aussehen würde dem Verband viele Kosten machen. Redner hält aber auch die Verschmelzung mit dem Sortiererverband, die, wie es scheint, auf alle Fälle bewirkt werden sollte, für recht ungünstig für den Gesamtverband. Was den beantragten Gaurat betrifft, so soll dieser die Tätigkeit der Gauleiter überwachen; das würde auch nicht viel kosten.

Mosegarrd-Habersleben (Kautabalarbeiter) hält die Konferenz der Kautabalarbeiter auch nicht für absolut erforderlich. Zu dem Antrag Habersleben, nur einen Redakteur für den Tabak-Arbeiter zu bestellen, bemerkt er, daß die Tageszeitungen doch auch nicht so viele Redakteure haben. Der Redakteur dürfe nicht so oft auf Agitationsreisen gehen. Im übrigen tritt Redner für die Erwerbslosenunterstützung ein.

Hemprich-Breslau beschäftigte sich zunächst mit der Erwerbslosenunterstützung. In Breslau haben die Mitglieder der lokalen Verwaltung den Vorwurf gemacht, sie selbst hätten zu Weihnachten die Beschlüsse auf Auszahlung der Unterstützung zustandegebracht. Der Vorstand hätte im Tabak-Arbeiter öffentlich Stellung dazu nehmen müssen.

Chmidt-Nordhausen spricht über die Enquete der Kautabalarbeiter; die Kollegen werden sich Mühe geben, besseres Material herbeizuschaffen. Redner ist auch für durchgreifende Änderungen des Statuts; er führt verschiedene Fälle an, in welcher Weise unsere bisherigen Bestimmungen wirkten.

Lieberknecht-Berden: In Hamburg hat man den Sortierern Konzessionen machen zu müssen geglaubt, ich glaube aber, daß der Vorstand es hätte voraus sehen müssen, daß diese Unterstützungen nicht zu halten waren. Auch in Berden herrschte große Erregung. Der Vorstand hatte kein Recht, das Statut außer Kraft zu setzen. In den Versammlungen in Berden galt die Opposition gegen den Beschluß in der Sache Kiesel nicht der Person des Kollegen Kiesel, sondern dem eigenmächtigen Vorgehen des Vorstandes. Die Zahl der Beamten ist bei uns viel zu hoch. Er verlangt, daß auch die Beamten Opfer bringen.

Inzwischen ist die Mittagspause eingetreten, nach deren Erledigung in der Debatte fortgefahren wird. Die Tagungszeit wird abgeändert, indem die Zeit von 8½ bis 1 Uhr und von 2½ Uhr bis 5 Uhr festgesetzt wird.

Das Wort erhält zunächst der Kollege **Kaiser-Dahme.** Er kommt nochmals auf den Fall Kiesel zurück, der geradezu beschämend für einen Teil unserer Mitglieder sei. Genau so sei es mit der Herabsetzung der Gehälter unserer Beamten.

Kiegel-Bießen betont, daß wir nicht gerade mit Stolz auf die letzten Tage unserer Organisation zurückblicken können. Die Kritik überstieg weit das Maß dessen, was noch den guten Sitten entspricht. Er geht dann des Näheren auf die Arbeitslosenunterstützung beim Aussehen von der Arbeit ein; auch er hält diese Kollegen nicht für arbeitslos. Redner kommt dann auf die Verschmelzung zurück und spricht die Meinung aus, daß den Sortierern sicher kein Unrecht geschehen sei. Die Mitglieder verlangen größere Agitation, wollen aber weniger Beamte haben und diesen auch möglichst wenig zahlen. Diese Anträge sollte die Versammlung kurzer Hand abweisen.

Franz-Leipzig: Es war von vornherein zu sehen, daß der Verband große Opfer bringen mußte durch die Hamburger Beschlüsse. Heute sehen wir, daß sie nicht zu tragen waren. Redner führt verschiedene Beispiele an, wie hohe Beträge einzelne Mitglieder bezogen haben.

Fischer-Zürich spricht für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Industrieverbandes. Wenn die eigentliche Organisationsarbeit auch nicht die Erfolge bringt, die wir alle wünschen, da müssen eben auch andere Mittel angewandt werden, wie z. B. der Postkott.

Kottwil-Niederbedsen hätte gewünscht, daß Deichmann seine heutige Rede damals in Hamburg gehalten hätte, dann wäre manches vermieden worden, worum wir uns heute streiten. Wir müssen auch an den Verwaltungskosten sparen.

Selplien-Hamburg spricht nochmals besonders über die Einschränkung der Zahl der Gauleiter. Durch die Einführung des Unterstützungsjahres könnten wesentliche Einsparnisse gemacht werden.

Strehl-Stuttgart a. d. O. erinnert an die Ausführungen des Kollegen Deichmann auf der Hamburger Generalversammlung bezüglich der ersten Lage bei der Arbeitslosenunterstützung. Hiernach hätte der Vorstand auch nicht seine Bestimmungen herausgeben dürfen. Die Informationsbestimmungen waren durch die Hamburger Beschlüsse beseitigt. Redner empfiehlt dann die Anträge 3, 4 und 5.

Strahl-Husterwalde schließt sich dem Vorredner bezüglich der Arbeitslosenunterstützung an. Seit 1903 sind die Beiträge ständig erhöht, ohne daß der gewünschte Zweck erreicht wurde. Der Zusammenschluß mit den Sortierern ist eigentlich nicht so etwas Bedenkenhaftes gewesen, als

es zum Teil hingestellt wurde. Die Herabsetzung der Zahl der Gauleiter sollte auch allmählich eintreten, wenn er auch nicht wollte, daß die jetzt angestellten entlassen werden.

Senfichel-Berlin bemängelt, daß die Redner nur darauf bedacht sind, die Unterstützungsfragen zu behandeln. Man redet nur über die Höhe der Unterstützungen, kein Redner spricht über unsere Lohnkämpfe. Redner kritisiert die Vorgänge in Neubamm und Schönlanke, wo in durchaus schosfer Weise gegen den Verband gehandelt wurde, sogar von den Bevollmächtigten selbst. Wir müssen den Kampf in die erste Linie rücken und alles tun, um eine wahre und wirkliche Kampforganisation zu schaffen.

Wenzel-Dresden spricht sich gegen einen Gaurat aus. Wenn gesagt wurde, diese Institution hätte sich in Sachsen bewährt, so ist dies ein Irrtum. Die Bestellung des Gaurats würde auf alle Fälle bald zu Differenzen führen; zwischen Vorstand und den ausführenden Beamten darf keine Zwischeninstanz sein. Ueber die Tätigkeit der Gauleiter ist viel geredet worden. Diese Tätigkeit hängt aber aufs Engste mit dem ganzen Inhalt der Verbands-tätigkeit zusammen; es darf niemals dazu kommen, daß der Gauleiter als Hausagitor betrachtet wird, er hat andere Aufgaben zu erfüllen in den Lohnbewegungen.

Stolz-Dresden bemängelt die Art und Weise der Kritik im Tabak-Arbeiter. Die Informationschrift hätte aufs neue bekannt gegeben werden müssen; die Sortierer z. B. hätten von dieser Schrift gar keine Kenntnis gehabt. Eine Herabsetzung der Gehälter dürfe auf keinen Fall stattfinden; es wäre eine Herabwürdigung des Verbandes.

Husung-Vorstandsmitglied: Die Informationschrift war allerdings wohl recht unbekannt. Aber darauf kommt es auch nicht so sehr an; der Grundsatz, daß als arbeitslos zu betrachten ist, wer wirklich entlassen ist, galt aber bisher bei uns als zu Recht bestehend. Der Vorstand hat eigentlich viel mehr gezahlt, als er nach unseren Grundsätzen durfte. Redner führt Beispiele an, wie mit der Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit und Krankheit verfahren wird. Wie Anträge entstehen, zeigt der Fall Schwewe, wo der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei herangezogen wurde, um den Antrag zu begründen. Das zeigt drastisch, wie mitunter Anträge entstehen. Redner bespricht dann das eingegangene Material zur Kautabalarbeiterenquete.

Tiedermann-Vorstandsmitglied: Die Unterstützungsansprüche haben zum Teil tatsächlich zur Demoralisation geführt, sogar zur Fastnachtsfeier und ähnlichen Veranstaltungen verlangt und erhielt man Arbeitslosenunterstützung. Man versuchte eben mit allen Mitteln, sich Unterstützung zu verschaffen, und leider haben selbst unsere Bevollmächtigten dabei mitgeholfen.

Kirch-Utenburg findet, daß zu viele Wiederholungen stattfinden. Man sollte doch mehr über die Geschäftsführung reden. Im ganzen haben wir zunächst über die Tätigkeit des Vorstandes zu richten. Redner ist der Meinung, daß der Vorstand sich nicht über die Bestimmungen des Statuts hinwegsetzen darf. Redner reicht folgende Resolution ein: „Der 16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes kann sich mit der Haltung des Vorstandes zum § 9 des Statuts nicht einverstanden erklären. Er mißbilligt die willkürliche Auslegung dieses Paragraphen und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft auch für den Vorstand der klare Wortlaut des Statuts maßgebend sein muß.“

Käfer-Ulm spricht gegen jede Beitragserhöhung. Verstehen kann man aber, wenn die Kollegen gegen die Gauleitung auftreten, weil eben trotz der Gauleiter kein Fortschritt zu verzeichnen sei.

Ferm-Schwedt: Der Verbandstag hat große Aufgaben zu erfüllen. Er bedauert, daß die Mitglieder zum Teil gegen die Gauleiter sind, die doch dem Verband große Vorteile bringen.

Kurzbuch-Striegau hätte auch gewünscht, daß die Ausführungen Deichmanns vor der Hamburger Generalversammlung gemacht worden wären. Auch über den § 9 läßt sich streiten, da ist eine Lücke in unserm Statut. Diese Lücke hat der Vorstand ausgefüllt, aber freilich zu Unrecht. Redner bespricht die verschiedenen einzelnen Anträge; er ist gegen die Herabsetzung der Gehälter und Einschränkung der Zahl der Gauleiter.

Deichmann-Vorstandsmitglied: Ich muß zu einigen Ausführungen noch heute Stellung nehmen. Zunächst zu den Ausführungen des Kollegen Fischer-Zürich. Ich habe die Sache nicht sehr leicht genommen, ich habe nur gesagt, daß wir noch lange nicht stärker sind, wenn wir in einem großen Verbands sind. Wir müssen zunächst dafür sorgen, daß wir den Fabrikanten den Weg in die entlegensten Gegenden unterbinden. Ob wir dann dem Industrieverband zustimmen, ist eine weitere Frage. Redner bespricht dann die Gehaltsfrage der Beamten. Unsere Beamten sind die schlechtestbezahlten in der ganzen Arbeiterbewegung. Dabei müssen unsere Beamten sich täglich die schwersten und schlimmsten Vorwürfe machen lassen. Das Anfangsgehalt unserer Vorstandsmitglieder beträgt 2400 Mark. Redner bespricht dann seine Wahl zum Reichstagsmitglied und die damit zusammenhängende Besoldung. Dann noch einige Worte zur Verschmelzung. Wenn wir nicht den Sortierern so weit entgegengekommen wären, so ist stark zu bezweifeln, ob die Einigung zustandegekommen wäre. Wir haben uns mit Händen und Füßen dagegen gewehrt gegen die Höhe und Dauer der Unterstützungen, und gleich gewarnt, wenn es nicht ginge, müssen wir alsbald ändern. Doch genug davon, wir arbeiten jetzt zusammen und müssen gemeinsam eine neue Grundlage schaffen. Der Vorwurf, wir hätten bei der Statutenberatung in Hamburg unverantwortlich gehandelt, ist durchaus unberechtigt. Nach der Steuer war zwar die Arbeiterzahl in der Zigarettenindustrie zunächst zurückgegangen, aber sie stieg bereits wieder im Jahre 1911 und 1912. Es zeigte sich also ein Aufstieg, der uns veranlaßte anzunehmen, daß wir allmählich wieder in normale Verhältnisse kommen würden. Da trat aber eine Arbeitslosigkeit ein, wie wir sie nie vorher gehabt haben. Wesentlich ist dann noch der große Lohnbruch, der durch die Herabsetzung der Fabrikation herbeigeführt wird.

Es erfolgte dann Schluß der Tagung. Die Debatte wird Dienstag weitergeführt.

Aus dem Bremischen Handelsammerbericht für 1912.

Der Tabakmarkt hatte wie im Vorjahre eine im ganzen ruhige Haltung. Sowohl im Handel mit Zigarettenfabrikanten als mit Zigarettenhändlern war eine hohe Preisstabilität vorherrschend. Auch die anfangs niedrig einsetzenden Preise für Habanna-Einlagenfabrikanten schlugen bald eine steigende Richtung ein. Die hohen Preise des Auslandes in Verbindung mit dem progressiv brüdernden Wertvoll bedeuten eine dauernde Erziehung für Handel und Fabrikation und erleichtern in weitgehendem Maße den stetig wachsenden Verbrauch der Zigarette. Tabake niedriger Grade waren nur wenig vertretbar; sie wurden wegen der verhältnismäßig geringeren Zollbelastung lebhaft begehrt, weil die Fabrikation bestrebt war, gegenüber den außerordentlich hohen Preisen für Sumatra-Edmaterial jede mögliche Verbilligung wahrzunehmen. In den letzten Monaten des Jahres war das Geschäft still geworden im Gegensatz zu den früheren Jahren, die gerade in den Herbstmonaten sich durch große Lebhaftigkeit auszeichneten pflegten. Neben den hohen Tabakpreisen haben hier auch wohl die unsicheren politischen Verhältnisse heimlich gewirkt.

Die zu Anfang des Jahres hier noch lagernden ungefähr 45.000 Paden der 1910er Brasiliere wurden infolge der Nachfragen über ein wiederum mittleres Erntergebnis bis auf 10.000 Paden fast veräußert. Von der letzten Ernte sind in Bahia ungefähr 80.000 Paden verschifft worden, von denen 55.000 Paden, meist Antonio-Gewächse, direkt nach Argentinien gingen. Die ersten Zufuhren trafen hier Anfang April ein. Der Ausfall befriedigte nur teilweise, und bei hohen Forderungen entwickelte sich das Geschäft nur langsam. Als indessen die späteren Zufuhren einen reiferen und fertigeren Charakter zeigten, trat für alle Sorten, namentlich aber für die feinen St. Felix-Gewächse, vermehrte Kaufkraft ein. Im weiteren Verlauf der Saison fand dann ein regelmäßiges Geschäft zu unveränderten Preisen statt, wobei die feinen Matias- und Antonio-Gewächse bevorzugt blieben. Von den nach Bremen gekommenen etwa 130.000 Paden sind nur noch ungefähr 10.000 Paden unverkauft in erster Hand geblieben; auch von der in Hamburg angekommenen Menge ging ein großer Teil in die Hände hiesiger Verkäufer über. Für die ersten Schritte der neuen Ernte werden in Brasilien bereits recht hohe Preise bezahlt.

Das Geschäft in Seeblatta-Tabak blieb mit etwa 4500 Kisten gegen das Vorjahr erheblich zurück, da die amerikanischen Notierungen für den hiesigen Import nur zum Teil einen Nutzen ließen. Besonders gut waren die Zufuhren von Connecticut-Sambhatta-Tabaken, wovon 3700 Kisten zu hohen Preisen veräußert wurden. Von Wisconsin-Habanna-Seeblatta wurden nur 600 Kisten südöstliches Umland veräußert und je 100 Kisten aus dem Ohio- und Wisconsin-District.

Die aus Connecticut angebrachten etwa 600 Paden von Tabaken aus Sumatrasamen haben als Edmaterial befriedigende Aufnahmen gefunden.

Infolge ungünstiger Witterung ist die diesjährige Domingo-Ernte erheblich kleiner geworden als die vorhergehenden, etwa 100.000 Koffi gegen 230.000 im Jahre 1911. Auch die Beschaffenheit des Tabaks war minder gut als im Vorjahre. Die ersten Zufuhren erzielten infolgedessen niedrigere Preise; doch wurden später besser ausfallende Ankünfte höher bezahlt. Die immerhin niedrig bleibende Preisstabilität trug zu einem schlanken Verkauf der nur langsam ein-treffenden Angebote bei. Verkauft sind in Bremen und Hamburg etwa 80.000 Koffi, während noch 20.000 erwartet werden. Ein Vorrat in erster Hand besteht nicht.

Die letzte Carman-Ernte brachte durchgehends eine gute, brauchbare Ware. Die Ankünfte gingen infolgedessen zu guten Preisen schluß in händlers Hände über. Leider war die geerntete Menge nur klein, so daß nur ungefähr 35.000 Koffi eingeführt und veräußert wurden.

Von Amhalema-Tabak wurden etwa 900 Koffi eingeführt und bei guter Beschaffenheit zu guten, zum Teil hohen Preisen veräußert.

Das Ertragnis der Paragua-Ernte war klein, da die männlichen Arbeitskräfte während der Revolution Landarbeit nicht verrichteten und das Bestehen der Felder dem weltlichen Teil der Bevölkerung überlassen blieb. Das angebotene Quantum von etwa 92.000 Paden, das fast nur aus Schneidtabaken bestand, wurde zum größten Teil an eine Menge zu hohen Preisen begeben.

Die ersten Probestests der 1912er Habanna-Ernte trafen ungewöhnlich früh, schon Anfang März, hier ein; sie entstammten dem Paridobidistrikt, fanden aber nur teilweise Aufnahme; die Vuelta-abajo lieferte reichlich leichte Ware, so daß die Bestände der ersten Hand von feineren alten Tabaken einen guten Markt fanden. Das Hauptgeschäft neuer Ernte entwickelte sich in malotkerten und losen Tabaken aus dem Remediodistrikt, die wegen ihrer außerordentlich blattigen Beschaffenheit ein begehrtetes Material für den deutschen Markt lieferten; trotz steigender Preise, die einsetzten, als die anfänglich berichteten Schätzungen von einer ungewöhnlich großen Ernte sich als übertrieben erwiesen, wurden die Zufuhren meistens schlan veräußert. Bremen importierte das verhältnismäßig große Quantum von etwa 50.000 Seronen.

Die hohen Einstandspreise für Paratabak ließen zunächst keine Geschäfte zu; nachdem sich aber die Käufer wesentlich im Preise gefügt hatten, wurde das Angebot von 4365 Seronen geräumt.

Von Ungarabak kamen etwa 5000 Ballen, teils Schneidware, teils Zigaretten, zum Verkauf, die bei der regen Frage nach Tabaken in niedriger Preisstabilität lebhaft Beachtung fanden.

An den holländischen Einschreibungen beteiligten sich Bremer Händler mit Einkäufen von 29.680 Paden Sumatra, 120.000 Paden Java- und 533 Paden Borneotabal. An den Markt gebracht und verkauft wurden im ganzen 280.704 Paden Sumatra zu durchschnittlich 142 Cents gegen 131 Cents im Vorjahr, etwa 624.000 Paden Java zu 80 Cents gegen 34 Cents und 15.231 Paden Borneo zu 90 Cents gegen 132 Cents.

Fälletabak. Der Umsatz in Kentuch-Tabaken ist hinter dem gewohnten Durchschnitt bedeutend zurückgeblieben. Der Grund hierfür ist im wesentlichen in den hohen Preisen zu suchen, welche die amerikanischen Pflanzer und deren Organisation, die Planters Protective Association, forderten. Unter diesen Umständen legte sich der Handel allgemeine Zurückhaltung auf, die eine Verminderung der Zufuhr um 4500 Kisten zur Folge hatte. Das letztjährige Gewächs ist von guter Beschaffenheit und zeichnet sich durch besondere Blattdicke aus.

Die Zufuhren und Ablieferungen von Virginia-Tabak entziehen in ihren Bittern dem Durchschnitt der vorhergehenden Jahre. Das gleiche ist von Baltimore-Sorten und Stengeln zu sagen.

Das Geschäft in Wollongong- und Südchina-Tabaken blieb bis gegen Jahreschluß auf Grund der großen Lager der Händler und des schwachen Abzuges an die Fabrikanten sehr ruhig bei kleinen Umsätzen und begann erst auf die Nachrichten über kleine neue Ernten lebhafter zu werden. Die alten Vorräte wurden fast vollständig geräumt, und die ersten Lieferungsabschlüsse vollzogen sich zu langsam steigenden Preisen. Tungow-Tabake blieben infolge einer gänzlich mangelhaften Ernte in diesem Jahre ganz aus. Die neue Ernte soll besonders gut in der Qualität sein.

Orienttabak. Von Orienttabaken wurden unserm Markt etwa 28.000 bis 32.000 Ballen aller Sorten zugeführt. Die Preise gestiegen sich infolge der Ereignisse in der Türkei unregelmäßig; bei schließlich fester Tendenz angeht die Unmöglichkeit geregelter Zufuhren, sowie der Unmöglichkeit, ob es den türkischen Bauern möglich sein wird, die jetzt herangekommene Ernte zu hebeln und rechtzeitig die Vorbereitungen zur Ausfuhr der neuen Ernte zu treffen.

Zigarettenindustrie. Die Geschäftslage in der Zigarettenindustrie war im vergangenen Jahre nicht einheitlich und im allgemeinen schwierig. Zum Teil waren die Fabrikanten recht gut beschäftigt, von anderen Seiten wurde aber über schleppenden Absatz klagt. Die Lohnbewegungen im wesentlichen Industriegebiet in Bremen und Hamburg endigten Mitte Januar für die Arbeiter erfolglos. Dennoch haben die meisten Fabrikanten in Rücksicht auf

Wir haben unsere Meinung über diesen Teil des Berichtes bereits im Tabak-Arbeiter geäußert. D. H.

die verteuerte Lebenshaltung nach und nach freiwillige Lohn erhöhungen vorgenommen. Die daraus erwachsenden Mehrausgaben stellen sich so schwer ins Gewicht, als einerseits die Preisgestaltung des Tabakmarktes in keiner Weise einen Ausgleich zu bieten vermochte, andererseits aber auch für eine Steigerung der Fabrikat-Verkaufspreise jede Möglichkeit fehlte. Somit wurde die Rentabilität derjenigen Betriebe, welche nicht durch höheren Umsatz einen Ausgleich schaffen konnten, recht ungünstig beeinflusst. Die im vorjährigen Bericht erwähnte, seit Inkrafttreten der Tabak-Steuer zu beobachtende Abwanderung zur Zigarette machte sich auch weiterhin in einer Verminderung des Absatzes billiger Fabrikate fühlbar; die Zigarettenindustrie scheint in dieser Richtung mit einem dauernden Ausfall rechnen zu müssen.

Alle Hoffnungen auf ein Herabgehen der schon im Vorjahre sehr hohen Preise der wichtigsten Tabaksorten sind unerfüllt geblieben. Die Sumatra-Ernte, die bekanntlich das weitaus überwiegende Material für Deckblattgewebe liefert, ist zwar in Qualität und Farben wesentlich besser ausgefallen als ihre Vorgängerin; die Preisgestaltung vollzog sich jedoch infolge vermehrten Bedarfs, besonders für amerikanische Verwendung, von vornherein auf einer höheren Basis. Die Sucht nach der vorzugsweise in Deutschland begehrten bestfahnen Sorten hat leider auch im amerikanischen Konsum größere Verbreitung gefunden, und die dadurch hervorgerufene höhere Bewertung der bisher mehr der deutschen Fabrikation verbliebenen feineren Pfeifenblatt-Sortierungen hat zu einer gesteigerten Nachfrage nach der amerikanischen Konkurrenz am Umsterdamer Markt geführt. Während früher ein erheblicher Teil der Einkäufe durch Vermittlung deutscher und holländischer Händler erfolgte, konnten die amerikanischen Käufer in diesem Jahre infolge der für sie günstigen Verhältnisse unter Ausschaltung des Handels die besten Durchschnittspartien durch direkte Einschreibungen an sich bringen; sie traten dem Handel und der deutschen Fabrikation nur solche Sortierungen ab, für welche drüben eine Verwendung fehlte. Der verschärfte Wettbewerb hat naturgemäß erhebliche Preissteigerungen für die am meisten begehrte Ware hervorgerufen.

Die Preisgestaltung der für Umblattverwendung in erster Linie in Betracht kommenden Java-Ernte bewegte sich in beträchtlichen Grenzen; Domingo und Coramen konnten wegen des überaus mäßigen Ernteausfalles nur in beschränktem Umfang für billige Sorten Verwendung finden; die Auswahl in Havana-Tabaken genigte den Bedürfnissen; die Preise für Füll- und Wafltabake, das wichtigste Einlagematerial, hielten sich auf einem der Fabrikation recht unsequem hohen Preisniveau.

Zigaretten-Industrie. Für die Zigaretten-Industrie ist das Jahr im allgemeinen befriedigend verlaufen; einerseits nahm der Zigarettenverbrauch, hauptsächlich in den billigen Preisklassen, wie im Vorjahre stetig zu, andererseits war zu Anfang des Jahres Gelegenheit, orientalische Rohabate vorteilhafter als im vorigen Jahre einzukaufen. Allerdings ist im Laufe des Jahres die Verschärfung in den Rohabatepreisen verschwunden, und die Preise sind wieder erheblich gestiegen.

Die Anstrengungen der Fabriken, ihre Umsätze zu erhöhen, führten zu sehr großen Aufwendungen für Reklame und förderten leider das immer mehr um sich greifende Rabatt-Wesen, das in der Zigarettenbranche eingetrisen ist.

Die verdammte Bedürfnislosigkeit.

Die Bedürfnislosigkeit ist der größte Feind des Fortschritts. Wer ihr verfallen ist, hegt keine besonderen Wünsche, in allen seinen Handlungen verrät sich kein Streben nach höherer Kultur, nach einer Besserstellung seines Daseins. Deshalb ist auch der bedürfnislose Arbeiter ein ganz natürlicher Gegner der fortschrittlichen Bestrebungen seiner Klasse, er ist dem berüchtigten Indifferentismus verfallen.

Die Bedürfnislosigkeit als eines der bösesten Laster treffen wir nun aber nicht etwa bei den besserstuitierten Arbeitern an. Hier kommt sie selten vor und ist dann ein Ausfluß von geizigem Egoismus. Vornehmlich finden wir das Laster in jenen Arbeiterschichten, die wirtschaftlich am schlechtesten gestellt sind. Gerade die materielle Not ist es, die nach und nach beim Arbeiter jedes Streben nach wirtschaftlicher Besserstellung ertötet und ihn zum widerstandslosen Heloten der Ausbeutung degradiert. Ein Arbeiter, der sich auf dieser niederen Stufe der Entwicklung befindet, unterwirft sich willenlos den miserabelsten Arbeitsbedingungen und läßt sich vom Unternehmer die rohste und inhumanste Behandlung gefallen. Stumpfsinnig und widerstandslos steht er seinem Glanz gegenüber und er fügt sich resigniert in sein trauriges Schicksal.

Die schlechte Lebenshaltung ertötet eben im Arbeiter auch jedes geistige Streben. Er hat weder Vertrauen zu sich noch zu seinen Arbeitsgenossen, er kennt kein Solidaritätsgefühl und läßt sich beherrschen vom Sklavensinn und der Gewohnheit des unbedingten Gehorsams seinem „Brother“ gegenüber.

Ein solcher Arbeiter ist selbstverständlich der Sehnsuchtstraum und das Ideal aller profitgierigen Unternehmer. Sie preisen die Zufriedenheit des Arbeiters als dessen höchste Tugend. Und in der Regel findet sich dann auch der behäbige Pastor, der mit vollen Backen in das Hohelied der Zufriedenheit und Bedürfnislosigkeit einstimmt und mit ganz gewichtigen Beweisgründen dem Arbeiter plausibel zu machen sucht, daß von seiner irdischen Zufriedenheit auch seine spätere himmlische Glückseligkeit abhängt.

Der Unternehmer, der seinen „Patriotismus“ bei jeder Gelegenheit betont und verächtlich und naserümpfend das klaffenbewußte Proletariat der „Vaterlandslosigkeit“ bezichtigt, kann trotz aller patriotischen Tiraden selbst recht vaterlandslos sein. Unpatriotisch ist eben dem Unternehmer das, was die Kreise seines Profits zu stören geeignet ist, alles aber, was zur Steigerung seines Profits geeignet ist, ist ihm patriotisch. Darum ist in seinen Augen ein Arbeiter, der mehr Lohn verlangt, ein internationaler Umstürzler, und wer für einen Hungerlohn frondet, der ist ein guter Patriot, auch wenn seine Wiege jenseits der Landesgrenze gestanden hat.

Schon in diesem Punkte bekundet der Unternehmer seinen praktischen Internationalismus. Da ihm der bedürfnislose Arbeiter der liebste ist, fragt er nach den vaterländischen Grenzpfählen absolut nichts und er holt sich sein gefügiges Arbeitermaterial dorthin, wo er es gerade aufreiben kann. Provisionslüsterner Agenten verschaffen ihm das Verlangte gern für klingende Münze. Solche zur Ausbeutung gut geeigneten Arbeiter schauen dann zu ihrem „Brotgeber“ auf wie zu einem höheren Wesen, sie sehen in ihrem Ausbeuter nur eine große, beinahe unfaßbare Macht, und wenn sie von dem hohen Gebieter sprechen, dann geschieht dies in Flüstertonen und in scheuer Ehrfurcht, und die letztere charakterisiert sich vor allem darin, daß sie nicht vom Fabrikanten Müller oder vom Gutsherrn Steffen sprechen, sondern schlechtweg vom

„Herrn“. „Der Herr“ — das ist ihnen das, was jedem Gläubigen sein religiöses Idol ist.

Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß solche geistig zurückgebliebenen und in ihren Lebensbedingungen bedürfnislosen Arbeiter das größte Hemmnis am Aufstieg des Proletariats zu materieller Besserstellung und zur Kultur sind. Darum gilt es, diesen armen Opfern einer verdammten Volksverimpelungsmethode zu sagen, in welcher Weise man es bisher verstanden hat, alle Aufklärung und Kultur von ihnen fernzuhalten und sie zu stummen, willigen und billigen Ausbeutungsobjekten zu erziehen. Es gilt, sie ihrer Leihargie zu entreißen, bei ihnen die Unzufriedenheit zu schüren und ihnen nach und nach das Streben nach höheren Bedürfnissen einzupflanzen.

Das aber ist die Aufgabe der Arbeiterorganisationen und ihrer Presse. Und glaube keiner, daß es nicht möglich sei, diese künstlich in der Entwicklung zurückgehaltenen Arbeiterschichten für ein besseres und höheres Streben zu gewinnen. Die Kupnieker der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mögen Meister in der Verimpelung breiter Volksschichten sein. Sie nutzen die willfährigen Instrumente des Klassenstaates, Volksschule und Militarismus zu ihren kapitalistischen Zwecken in raffinierter Weise aus, alle Staatseinrichtungen stehen zu ihren Diensten bereit, um die Arbeiterschaft zu willen- und rückgratlosen Hörigen ihrer Interessen zu erziehen — aber den Menschen und das Menschbewußtsein restlos im Menschen zu ertöten, das gelingt ihnen nicht! Und es bedarf oft nur eines Hinweises auf die jämmerlichen Verhältnisse und einiger treffender Vergleiche, um den bisher widerstands- und bedürfnislosen Arbeiter stutzig zu machen und ihm dann nach und nach den Schleier der Unwissenheit vom künstlich umnebelten Gehirn zu ziehen und die Geister der Unzufriedenheit und damit des Emporstrebens zur höheren Kulturstufe zu wecken. Dann tritt der bisher bedürfnislose Arbeiter in die Reihen des um seine ökonomische Besserstellung kämpfenden organisierten Proletariats, und er ist dann oftmals nicht der schlechteste Kämpfer für die allgemeinen Arbeiterinteressen.

Diese Arbeit nennt man Agitationsarbeit, und ihr darf sich kein denkender und vorwärtsstrebender Arbeiter entziehen. Halten wir uns stets vor Augen, daß es die vornehmste Aufgabe des Proletariats ist, dahin zu trachten, alle Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zu Mitkämpfern für unsere große und gute Sache zu erziehen. Endgültige, umfassende Erfolge kann das Proletariat nur erringen, wenn uns die eigenen Klassengenossen bei unseren notwendigen Kämpfen nicht mehr in den Rücken fallen.

Der Kampf gegen die Bedürfnislosigkeit ist der Kampf für Aufklärung und Organisation. Bedürfnislosigkeit ist gleichbedeutend mit Zufriedenheit, die allen Arbeitern schon als Kindern in den Volksschulen als „höchste Tugend“ gepredigt wird. Warum dies geschieht, haben wir bereits heseuchtet. Bedürfnislosigkeit und Zufriedenheit aber ist ein wenn auch etwas abgemildeter Ausdruck geistiger Verkommenheit, ist moralische Tod, und bedeutet für die Arbeiterklasse geistige und körperliche Vernichtung. Deshalb müssen die Arbeiter gegen die verdammte Bedürfnislosigkeit und Zufriedenheit ganz energisch Front machen und diese „Tugenden“ als Todsünde bekämpfen!

Und laßt die fahlen Pfahlbürger und honetten Spießher ruhig darüber schimpfen, daß ihr dem bisher so zufriedenen und bedürfnislosen Volke keine „heiligsten Eigenschaften“ nehmt. Jedes Streben nach höheren Bedürfnissen bedeutet Fortschritt. Dieser Fortschritt hat die Menschheit vom Kienipan zur elektrischen Beleuchtung, vom Handkarren zum Automobil, von der Postkutsche zum Expresszug und lenkbaren Luftschiff verholfen. Wo kein Fortschritt vorhanden, da tritt Stillstand ein. Stillstand aber bedeutet vor allem für die moderne Arbeiterbewegung Rückschritt, Fäulnis und Moder. Wir aber wollen frisch und frei vorwärts und empor klimmen zur Sonnenhöhe der Kultur!

Deshalb firt mit der verdammten Bedürfnislosigkeit! Reißt sie jedem aus dem Leibe, macht ihn unzufrieden und damit zum vorwärtsstrebenden Menschen! Um so eher wird Euer Sehnen und Streben seiner hohen Vollendung entgegenreisen!

Bericht an den Kongress.

Der National Women's Trade Union League of America in St. Louis 1913 über die Organisation der Arbeiterinnen in Deutschland.

I. Die freien Gewerkschaften in Deutschland, mit gegenwärtig 2 600 000 Mitgliedern, sind nicht nur die stärkste der drei Gewerkschaftsgruppen, sondern vereinigen in sich auch die größte Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Für 1912 ist die alljährlich seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranfaulste Gewerkschaftsstatistik noch nicht abgeschlossen, und müssen deshalb in folgenden die Zahlen für 1911 benützt werden.

Am Schlusse des Jahres 1911 gehörten 203 574 Arbeiterinnen den freien Gewerkschaften an. Innerhalb dieser Organisationen bestehen für die Arbeiterinnen keine besonderen Abteilungen oder Einrichtungen, sondern die Verbände der Berufsgruppen, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden, nehmen diese als gleichwertige Mitglieder auf. Selbst der Verband der Hausangestellten, die Vereinigung einer Berufsgruppe, die vorwiegend aus weiblichen Personen besteht, soll sich nach seinem Statut nicht nur auf diese beschränken, sondern ist, entsprechend den Gepflogenheiten aller anderen freien Berufsvereinigungen, auch für die in häuslichen Diensten beschäftigten Männer berechnete.

Die weiblichen Mitglieder genießen in den freien Gewerkschaften die gleichen Rechte wie die Männer und können wie diese, zu allen Verwaltungsämtern und in die Verbandsleitung gewählt werden. Wenn als Vorsitzende mit Ausnahme von zwei Verbänden überall Männer fungieren und auch in allen Verbänden in der übrigen Leitung stark, ja oftmals ausschließlich, Männer vertreten

sind, so liegt dies nicht an den statutarischen Bestimmungen, sondern zum Teil an der Gleichgültigkeit der weiblichen Mitglieder, die den Verwaltungskörpern nicht jenes Interesse entgegenbringen, das erforderlich ist, um sie in die Verwaltungsposten zu wählen. Vielsach ist auch die Stellung der Arbeiterinnen in der Familie, die doppelte Belastung mit Erwerbs- und Hausarbeit, Schuld an der mangelnden Mitarbeit der Frauen in den Gewerkschaften, niemals aber die grundsätzliche Haltung der Gewerkschaftsmitglieder.

Entsprechend dem fast allgemein geringeren Einkommen der erwerbstätigen Frauen, sind auch die Beiträge für die weiblichen Mitglieder und analog auch die Leistungen der Gewerkschaften für diese niedriger bemessen, als für die männlichen Mitglieder. Fünf Verbände aber haben bereits eine für Männer und Frauen gleiche Beitragsleistung, nach der Lohnhöhe gestaffelt, eingeführt, wodurch die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann in der Gewerkschaft besser zum Ausdruck kommt, ohne doch die weiblichen Mitglieder und die Klassen der Organisationen besonders zu belasten.

Trotz des Zusammenfassens von Arbeitern und Arbeiterinnen in gemeinsamen Berufsorganisationen ist der Erfolg der Organisationsarbeit unter der Arbeiterinnen jüngeren Datums, als bei den Arbeitern. Dies kommt deutlich in den Zahlen zum Ausdruck, die über den Mitgliederstand Auskunft geben. 1898 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder in 16 Gewerkschaftsverbänden 4355 und machte 1,8 Prozent der insgesamt in den freien Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Das Anwachsen der Ziffer der weiblichen Mitglieder, auch im Verhältnis zu der erheblich gesteigerten Gesamtmitgliederzahl zeigt folgende Uebersicht. Sie legt Zeugnis dafür ab, daß der Organisationsgedanke auch unter den Arbeiterinnen Fortschritte macht, wenn auch gleichzeitig daraus hervorgeht, wie gering noch immer die Ziffer der organisierten Arbeiterinnen im Verhältnis zur Zahl der organisierten Arbeiter ist.

Es wurden gezählt im Jahresdurchschnitt:

Jahr	Mitglieder insgesamt	weibliche Mitglieder	in Prozent
1892	237 094	4 355	1,8
1896	329 230	15 245	4,6
1900	680 427	22 844	3,3
1905	1 344 803	74 111	5,7
1906	1 689 709	118 908	7,1
1907	1 856 506	136 929	7,3
1908	1 831 731	138 443	7,6
1909	1 832 667	133 888	7,3
1910	2 017 298	161 512	8,0
1911	2 320 986	191 332	8,2

Ueber die Zahl der vor 1892 vorhandenen weiblichen Mitglieder in einzelnen Organisationen lassen sich ebenso wenig Feststellungen machen, wie vor 1891 über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen berichtet werden konnte. Zwölf Jahre hindurch, von 1878 bis gegen Ende 1890 standen die Arbeiterorganisationen Deutschlands unter einem Ausnahmegefeß, im Sozialistengefeß, das angeblich nur die politische, sozialdemokratische Organisation der Arbeiterklasse treffen sollte, sofort nach seinem Erlaß aber auch gegen die Gewerkschaften angewandt wurde. Fast sämtliche gewerkschaftliche Organisationen, die 1877 insgesamt 50 000 Mitglieder zählten, wurden auf Grund des Sozialistengefeßes aufgelöst oder lösten sich selber auf, um der polizeilichen Auflösung zu entgehen. Wenn das Sozialistengefeß auch nicht den Zusammengehörigkeitsgedanken in der Arbeiterklasse ausrotten konnte, und während der Dauer des Gefeßes mit dem Wiederaufbau der Organisationen begonnen wurde, so war doch durch dieses Gefeß die natürliche und gesunde Entwicklung der Organisationen gehemmt. Erst nach 1890 konnten diese festen Boden gewinnen, und von dieser Zeit an datiert denn auch ihr Aufschwung. Immer noch aber erschwerten vereinsgefesliche Bestimmungen die Ausbreitung der Organisation unter den Arbeiterinnen.

Es ist zu verstehen, daß die Arbeiter, die über ein Jahrzehnt lang politische Betätigung, mit Ausnahme der Zeit während der Reichstagswahlen, vollständig versagt war, nach Aufhebung des Sozialistengefeßes diese Betätigung überall, so auch in den Gewerkschaften, ausüben wollten. Daher tobte zunächst in Deutschland ein scharfer Streit über die Organisationsform. Auf dem ersten Gewerkschaftskongress 1892 entschied sich die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für parteipolitisch neutrale Gewerkschaften, wie sie die Zentralverbände darstellten. Ein erheblicher Teil der Arbeiter war in lokalen Vereinen organisiert, welche die Erörterung politischer Fragen nicht ganz ausschlossen. Politischen Vereinen aber durften bis zu dem Erlaß des Reichsvereinsgefes im Jahre 1908 in den meisten Bundesstaaten Deutschlands Frauen nicht angehören. Hinzu kam ferner, daß bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebeziehung von 1895 die Gefahr der unorganisierten Frauenarbeit nicht bekannt war. Die Statistik ergab über 5 1/2 Millionen erwerbstätiger Frauen im Hauptberuf und gegenüber der 1882 erfolgten Feststellung ein Mehr von über 1 Million oder 24 Prozent. Nunmehr begann eine rege Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen, und nicht zuletzt mag für die Abfindung über die Organisationsform in manchen Berufen die große Zahl der vorhandenen erwerbstätigen Frauen ausschlaggebend gewesen sein.

Im Jahre 1911 waren weibliche Mitglieder in 33 von 51 überhaupt vorhandenen freien Gewerkschaften. Es zählten Mitglieder im Jahresdurchschnitt die Verbände der Bäcker und Konditoren 3736, Blumenarbeiter 567, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Buchbinder 14127, Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter 9223, Bureauangestellte 206, Fabrikarbeiter 21 853, Fleischer 106, Friseur 1, Gärtner 17, Gastwirtschaftlichen 744, Gemeindegärtner 1169, Glasarbeiter 705, Glaser 1, Handlungsgelhilfen 8679, Holzarbeiter 5819, Sattmacher 4414, Kürschner 1451, Lagerhalter 154, Lederarbeiter 1096, Lithographen 9, Maler 31, Metallarbeiter 25 103, Por-

Jellnarbeiter 2280, Sattler und Portefeutler 1161, Schneider 9363, Schuhmacher 7939, Steinarbeiter 62, Tabalarbeiter 16 870, Tapezierer 120, Textilarbeiter 45 651, Transportarbeiter 6470, Zigarrensortierer 953.

Wenn auch die Zahl der organisierten im Vergleich zu der Zahl der erwerbstätigen Arbeiterinnen gering ist, so steht doch fest, daß auch unter diesen der Organisationsgedanke immer mehr Fuß faßt und trotz aller Schwierigkeiten auch die Arbeiterinnen immer mehr für die Ausbreitung dieses Gedankens wirken. Je mehr die Arbeiterinnen Kenntnis davon erhalten, daß ihre Beschäftigung nicht nur eine nur vorübergehende ist, die mit der Heirat ihr Ende erreicht, desto leichter wird es sein, sie davon zu überzeugen, daß die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für sie nur von Vorteil sein kann.

Die Agitationsmethoden sind im allgemeinen in allen Verbänden die gleichen und werden den Berufsverhältnissen angepaßt. Zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen ist im Jahre 1905 von der Zentralstelle der freien Gewerkschaften, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, ein Arbeiterinnensekretariat errichtet und eine weibliche Kraft als Leiterin angestellt worden, die Material für Fragen allgemeiner Natur sammelt und der Agitation dienstbar machen soll.

Wozu unser Verband den Fabrikanten dienen soll.

Die Kritik in der Zigarrenindustrie zeitigt sonderbare Blüten. Wir haben bereits behauptet, daß zurzeit ein großer Leberschmerz an Tabakarbeitern vorhanden ist. Die Arbeitslosigkeit ist groß, Aussetzen und Pensumarbeiten ist bei einem großen Teil der Betriebe an der Tagesordnung. Je mehr überschüssige Arbeitskräfte in einer Industrie sind, desto schwerer ist es natürlich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Deshalb haben die Fabrikanten ein gewisses Interesse daran, das Heer der Arbeitslosen im Beruf zu erhalten, andererseits ist es vielleicht noch mehr zu ihrem Vorteil, keine Arbeiter zu entlassen, sondern aussitzen zu lassen, wenn es notwendig ist, oder ein Pensum vorzuschreiben, über das nicht hinausgegangen werden darf. Gewiß sind sich in solchen Augenblicken nicht alle Fabrikanten der Tragweite ihrer Anordnungen bewußt, und manchen mag in der Tat bei der Anordnung von Aussetzen oder Pensumarbeiten nur das Empfinden leiten, daß ihm das mit Rücksicht auf die Arbeiter als das kleinere Übel erscheint. Dieses private Empfinden hebt aber die allgemein wirtschaftliche Einwirkung dieses Zustandes auf die Lage der gesamten Tabakarbeiter nicht auf.

Wie oft ist uns nun berichtet worden, daß Fabrikanten bei Ankündigung von Arbeitslosigkeit und Aussetzen die Arbeiter auf den Verband hingewiesen haben. „Ihr könnt ja vom Verband so und solange Unterstützung kriegen, da könnt ihr doch einige Wochen aussetzen.“ So oberflächlich lauteten gewöhnlich die Worte der Unternehmer. Für die Arbeiter ist es natürlich gut, wenn sie vorgebeugt haben. Bei einer Gelegenheit haben wir einmal ausgesprochen, daß die Fabrikanten den Deutschen Tabakarbeiter-Verband benutzen, um sich auf billige Weise die Arbeitskräfte zu erhalten. Werden die Arbeiter einfach entlassen, so sehen sie sich eher veranlaßt, sich nach anderer Arbeit umzusehen, zumal wenn ihre Unterstüßungsberechtigungen im Verband abgelaufen ist. Beim Aussetzen und Pensumarbeiten denkt der Fabrikant die Arbeiter eher noch an seinen Betrieb zu fesseln, damit, wenn sein Geschäft besser geht, er gleich wieder Leute zur Verfügung hat. Wenn ihm der Verband dabei behilflich ist, so wird ihm das sehr angenehm sein.

Wir haben es nicht für möglich gehalten, daß es Fabrikanten gibt, die ganz dreist und offenerzig vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband verlangen, daß er sich in der oben besprochenen Weise vor ihren Karren spannen soll. Doch es gibt tatsächlich solche Unternehmer in unserm Beruf, die aus ihrem Herzen keine Würbergrube machen, und das, was andere wünschen und denken, regelrecht vom Verband fordern. Da ist in Birnbaum die Firma A. Brasch & Sohn, Inhaber L. Cohn. Die Firma befaßt sich mit unserm Verband im Tarifverhältnis. Unmüßig konnte man freilich erfahren, daß diese Firma von einem Tarifverhältnis recht sonderbare Vorstellungen hat. Vor nicht gar langer Zeit ließ sich der Firmeninhaber vom Verband eine ganze Anzahl Arbeitskräfte beschaffen, anscheinend sogar mehr, als er gebrauchen konnte. Sehr bald hieß es nämlich, daß das Geschäft schlecht gehe und daß Arbeiter entlassen werden müßten. Bemerkte sei, daß im Betriebe auch unorganisierte Tabakarbeiter beschäftigt waren. Die organisierten Arbeiter versuchten mit Hilfe unseres Gauleiters ein Arrangement zu treffen, um durch gemeinschaftliche Arbeitsbeschränkung über die schlechte Zeit hinwegzukommen. Eines guten Tages trifft nun beim

Verbandsvorstand in Bremen von der Firma ein Schreiben ein, das u. a. folgenden Satz enthält:

Gleichzeitig richten wir nunmehr an Sie die erneute Anfrage, ob Sie gewillt sind, sofern sich durch schlechten Geschäftsgang eine weitere Arbeitsbeschränkung Ihrer Mitglieder erforderlich macht, denselben eine entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Also nach Herrn Cohn machte sich voraussichtlich eine weitere Arbeitsbeschränkung unserer Mitglieder erforderlich. Bei der Einschränkung auch die Unorganisierten zu beteiligen, hatte Herr Cohn keine Neigung, weil diese keine Unterstützung erhielten und weil sie ihm gegebenenfalls als Prätorianergarde dienen sollten. Herr Cohn muß die organisierten Tabakarbeiter für reichlich blödsinnig halten, wenn er meint, sie könnten auf diesen Leim kriechen. Was Herr Cohn wohl für Begriffe von gewerkschaftlichen Organisationen haben mag, wenn er unabweislich verlangt, daß der Verband ihm die Arbeitskräfte freihalten soll, daß der Verband mit seinen Mitteln dafür sorgt, daß eine Firma auf alle Fälle ihre Unorganisierten beschäftigen kann. Derartige Forderungen gerade noch. Der Verband muß ohnehin durch die Depression in der Zigarrenindustrie ungeheure Opfer tragen. Wir haben aber einmal schwarz auf weiß, zu was unser Verband von den Fabrikanten gemißbraucht werden soll, und tatsächlich au Gehemfiraucht wird.

Daß sich unter solchen Umständen ein Tarifverhältnis nicht aufrecht erhalten ließ, war erklärlich, zumal dann die Firma sehr bald zeigte, daß sie nur Rücksichten gegen die Unorganisierten kannte. Wie bereits im Tabak-Arbeiter bekannt gegeben, ist inzwischen das Tarifverhältnis mit der Firma Brasch & Sohn in Birnbaum gelöst worden.

Weitere Einzelheiten gibt ein uns in diesen Tagen aus Birnbaum zugegangener Bericht, den wir hier folgen lassen.

Birnbaum, den 23. Juli 1913.

Die Firma A. Brasch & Sohn, Inh. L. Cohn, ließ sich Ende vorigen Jahres durch 2 Kollegen und den Geschäftsführer aus dem Streitgebiet Schönlake Arbeiter heranziehen. Es konnten nicht genügend Leute herangezogen werden, und wurden die schädlichen Verhandlungen gemacht. Im März d. J. wurde der Kollege Krüna gemäßigert. Dieses geschah, weil er beim Chef von Unorganisierten verstimmt wurde. Es sollte daraufhin von Seiten der Organisierten die Kündigung eingereicht werden. Dieses unterließ auf Anordnung des Gauleiters, weil sich nicht alle Kollegen angeschlossen hatten. Ein Teil hatte eine schriftliche Kündigung unterzeichnet, darunter auch der Kollege Karl Schramm. Dieser ging jedoch am anderen Tage zum Chef und entschuldigte sich und stellte sich der Organisation feindlich gegenüber. Am folgenden Sonnabend wurde den anderen, welche unterschrieben hatten, gekündigt. Eine Verhandlung des Gauleiters Clement und der Verwaltung, unter Mitwirkung des Bürgermeisters, mit dem Chef hatte keinen Erfolg. Es wurde sodann in einer öffentlichen Volksversammlung die Handlungsweise des Cohn gegen die Organisation gebrügelt aufgedeckt. In dieser Versammlung erklärte er selber, daß der unorganisierte Cude den Anlaß zu den ganzen Zwistigkeiten gegeben hätte, und erklärte sich sodann zu einer nochmaligen Verhandlung bereit. In dieser Verhandlung erklärte er, daß er seine Produktion wegen allzu schlechten Geschäftsganges um ein bedeutendes herabsetzen müsse. Es kam ein Vertrag zustande, nach welchem jedem Arbeiter ein bestimmtes Quantum zur Feststellung zugewiesen wurde. Dieses kam ungefähr der Hälfte des bisherigen Verdienstes gleich. Auch konnte der Chef noch eine Zeit lang aussetzen lassen. Sollte es dem Verband gelingen, anderweitig Arbeiter unterzubringen, so sollten die Zurückbleibenden in dem Maße stärker beschäftigt werden. Cohn erklärte auch, daß, wenn der Verband ein Zeit Leute abfchiebe, er auch dementsprechend unorganisierte entlassen werde. Wie weiter zu ersehen ist, hat er sich aber nicht im geringsten an die getroffenen Vereinbarungen gehalten. Nachdem nun noch ein halbes Jahr gearbeitet und dann noch über 14 Tage gänzlich ausgelegt worden ist, hat der Verband den größten Teil der Kollegen in anderen Deten untergebracht; es waren meistens Familienväter. Es ist nur ein einziger Teil zurückgeblieben. Von den Unorganisierten ist nicht ein einziger aus dem Betrieb herausgebracht worden, obwohl es sich um durchweg ledige Leute handelt. Trotz der verschiedenen Trübsal, die Cohn angewandt hat, die Organisation aus seinem Betriebe zu entfernen, behauptete er immer noch, nichts gegen die Organisation zu haben. Genau so wie die Firma Juhl in Berlin. Seiner Handlungsweise setze Cohn die Krone auf, indem er eines Tages in der Fabrik einen Auszug anbringen ließ, nach welchem den Unorganisierten ein so großes Quantum zur Herstellung aufgegeben wurde, daß sie es zum Teil gar nicht schaffen können, während die paar organisierten Kollegen (Familienväter), welche noch in dem Betriebe geblieben waren, mit dem herabgesetzten Quantum weiser arbeiten sollten, welches bei dem Vertrage festgelegt war. Nachstehend ein Beispiel des Unterjoches. Für eine ledige unorganisierte Widelmacherin sind angelegt 5500 Widel, für eine verheiratete organisierte 2500; für unorganisierte ledige Roller 4400, für organisierte verheiratete Roller 1900. Gegen diese Ungerechtigkeit wurde Front gemacht, aber ohne Erfolg; Cohn beharrte auf seinem Standpunkt. Er erklärte, wer sich seinen Anordnungen nicht füge, würde entlassen. Nach einer Besprechung des Chefs mit etlichen Unorganisierten wurde 7 Organisierten gekündigt. Ein Versuch des Gauleiters Clement, eine Verständigung herbeizuführen, mißlang. Cohn erklärte kurz, sich auf keine Verhandlung einzulassen und daß er die Organisation aus seinem Betriebe heraushaben wolle. Aus den ganzen Maßnahmen des Cohn und seinen Nebenarten ist zu entnehmen, daß er die Absicht hat, die Löhne zu reduzieren. Es ist auch gesagt worden, daß er zu teuer fabrikiere. Es ist dies eine unehrerliche Maßregelung der betreffenden Kollegen, und kann die Handlungsweise des Herrn Cohn nicht genügend gebührend werden. Er zählt doch auch viele Arbeiter zu seiner Bundeschaft, hauptsächlich in Berlin und Umgegend, Kiel usw.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Die über Dänemark verhängte Sperre ist aufgehoben.
Stadtbendorf und Umg. Der Streik bei den Firmen A. B. Kötter in Stadtbendorf und W. Kuhlmann, Inh. R. Krause, in Merzhausen, dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.
Wertber i. Westf. Der Abwehrstreik bei der Firma Joh. Imbemeher dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.
Mühlhausen i. Thür. Bei der Firma Franz Kiebel bestehen Differenzen. Die Firma will die vereinbarten Löhne nicht mehr zahlen. Der Zugang ist fernzuhalten.
Hamburg-Altona. Noch immer herrscht in Hamburg und Umgebung große Arbeitslosigkeit, weshalb vor Zugang streng gewarnt wird.

Berichte.

Dresden. Aus der Zigarettenindustrie. Mancher schüßt das deutsche Volkvermögen, so heißt gegenwärtig der Ruf aller trutzgegnerrischen Firmen im Kampfe gegen den Ernst. In Verbindung damit lassen diese Firmen in den Zigarettenpackungen keine bedruckte Zettel mit hineinlegen, durch die alle Zigarettenraucher darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie „trutzfreie“ Zigaretten rauchen. Das Einlegen dieser Zettel in die einzelnen Packungen erfordert eine besondere Leistung der betreffenden Arbeiterinnen, wodurch die Arbeit selbst sehr erschwert wird und vielfach ein Lohnausfall für die Arbeiterinnen entsteht. Diese Verschlechterung könnte sehr leicht von den Firmen verhindert werden, wenn eben die besondere Arbeitsleistung auch besonders bezahlt würde. Letzteres ist aber nicht der Fall, und es ist unter anderen die Firma Kios, Inh. E. Robert Böhme, die sich entschließen weitest, obgleich die betreffenden Arbeiterinnen und im Auftrage derselben auch die unterzeichnete Organisationsleitung ein entsprechendes Ersuchen an diese Firma richtete. „Wenn die Arbeiterinnen diese Mehrarbeit nicht leisten wollen, müsse er andere von der Straße suchen, die die Arbeit gerne machen!“ soll Herr Böhme den Wünschen der Arbeiterinnen gegenüber gesagt haben. Der Betriebsleitung der Firma Kios scheint es überhaupt wenig zu gefallen, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen im Betriebe organisieren. Wenigstens muß man zu dieser Ansicht kommen, wenn man sieht, wie die Betriebsleitung alles mögliche versucht und geschehen läßt von den Vorgesetzten, um die organisierten Arbeiterinnen aus dem Betriebe zu entfernen. Organisierte Arbeiterinnen, die krank werden, brauchen nicht auf Wiedereinstellung zu rechnen, wenn sie auch bis dahin längere Jahre im Betriebe tätig waren und zur vollsten Zufriedenheit gearbeitet haben. Kleine Übertretungen der Arbeiter werden gleich mit härteren Strafen geahndet und selbst mit Entlassung bedroht. Insbesondere ist es die Direktorin Frau Richter, die der Baderei-Abteilung als Leiterin vorsteht, die sich angeblich in Schikanererei solcher Arbeiterinnen herborstürzt, die sie aus irgend einem Grunde nicht leiden mag. Frau Richter versteht es auch, die Arbeiterinnen gegeneinander auszuspielen. So liegen sich leider einige Arbeiterinnen soweit befeindeten, Beschwerde über das Verhalten einer Mitarbeiterin zu führen, von der sie mit Stacheln beschäftigt sein wollten. Obgleich nun von anderen Arbeiterinnen festgestellt wurde, daß Letzteres nicht wahr sei, wurde die betreffende Arbeiterin doch sofort gekündigt. Auf die Frage nach dem Grunde der Entlassung wurde derselben gesagt, sie möchte sich deswegen an Herrn Böhme wenden. Als daraufhin wegen der unberechtigten Entlassung die Arbeiterin bei dem Chef Herrn Robert Böhme Beschwerde führen wollte, wurde sie von demselben nicht vorgelassen, obgleich die Arbeitsordnung ein Beschwerderecht der Arbeiter vorsieht. Wie sehr die Direktorin Frau Richter bestraft ist, die organisierten Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen, zeigt noch folgender Vorfall: Danach soll dieselbe eine Anzahl Reklameblätterchen, die als Einlagen in Packungen verwandt werden, in den Abort geworfen haben, um nach der Ansicht der Arbeiterinnen letztere damit verdächtigen zu können und einen Grund für Entlassung derselben zu bekommen. Zufällig hatten aber einige Arbeiterinnen den Vorfall gesehen und teilten auch ihre Beobachtung Herrn Böhme mit. Bis jetzt ist aber nichts bekannt geworden, daß Frau Richter wegen Übertretung ihrer Befugnisse gerügt oder etwa bestraft worden wäre. Derartige Vorkommnisse sind allerdings nicht geeignet, bei den Arbeitern im Betriebe ein besonderes Vertrauen gegenüber den Vorgesetzten und der Betriebsleitung aufkommen zu lassen. Vielmehr werden nun erst recht die Arbeiter und Arbeiterinnen den Anstoß an die Organisation suchen, um solchen Machinationen die Spitze bieten zu können.

Die Sektionsleitung der Zigarettenarbeiter.
Sektion des Tabakarbeiterverbandes.
Zahlstelle Dresden.

Gau Herford i. Westf.

Gaukonferenz

Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Herford.

Tagesordnung:

1. Die Beisitzende des Heilberger Verbandstages.
 2. Die Verbringungsfrage.
 3. Beschlußfassung über eine Eingabe an den Bundesrat betr. Errichtung von Jahnhäuschen für den Regierungsbezirk Minden und die Fürstentümer Lippe-Deimold und Waldeck-Pyrmont.
 4. Erledigung sonstiger Anträge.
- Alle Zahlstellen müssen laut der bekannten Bestimmungen vertreten sein. Ein Mittagessen ist nicht vorgesehen, es wird durchgetagt mit einer 1/2stündigen Pause bis gegen Nachmittag 4 Uhr.

Die Leitung.

LISTE ÜBER GEBRAUCHTE WICKEL-FORMEN

204

ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH L. COHN & CO. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24

Gewerbegerichtswahl in Lauf a. d. Pegnitz. In dem Städtchen Lauf a. d. Pegnitz in Mittelfranken wurde kürzlich ein Gewerbegericht neu errichtet. Bei der ersten Wahl der Beisitzer wurden bei den Arbeitnehmern im ganzen 489 Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 455 Stimmen. Die christlichen Gewerkschaften, die sehr große Anstrengungen machten, brachten es auf ganze 34 Stimmen. Es fallen also sämtliche Beisitzer und Hilfsbeisitzer den freien Gewerkschaften zu.

Katholisches Turnen. Es wird schöner mit jedem Tag! Nun sollen auch die Rauchwellen, Kniebeugen usw. katholisch eingetrickert werden. Heraus aus den — interkonfessionellen, neutralen Turnvereinen! Hinein in streng katholische Turnabteilungen, in denen man vor dem Einschmuggeln evangelischer oder gar konfessioneller Weisheit und Hochpränge geschützt ist! — Auf der in Köln abgehaltenen Generalversammlung der Präsides katholischer Gesellschaftervereine beschäftigte man sich auch mit dem Teufelswerk des konfessionslosen Turnens. Folgender Beschluß wurde angenommen:

„Die Generalversammlung anerkennt den gesundheitlichen und sittlichen Wert der Leibesübungen, bedauert aber lebhaft die in den letzten Jahren insbesondere bei interkonfessionellen Vereinigungen stark herabgekommene Ueberschätzung derselben als Mittel zur Erziehung der heranwachsenden Jugend und lehnt grundsätzlich die übertriebene Pflege des Sports ab. Zur Pflege der Leibesübungen und zur systematischen Vorbereitung auf die Militärdienstpflicht empfiehlt die Generalversammlung die Gründung von Turnabteilungen in den Gesellschaftervereinen und wünscht den Zusammenschluß dieser Turnabteilungen zu Bezirksverbänden, wenn möglich im Verein mit den Turnabteilungen der anderen katholischen Ständevereine, lehnt aber den korporativen Anschluß der Turnabteilungen an interkonfessionelle Verbände, die sich die Pflege der Leibesübungen zur ausschließlichen Aufgabe machen, grundsätzlich ab. Die Generalversammlung empfiehlt die Errichtung einer gemeinsamen Zentralstelle zur Pflege der Leibesübungen in den Gesellschaftervereinen, Jugendvereinen und den anderen katholischen Ständevereinen.“

Mätelhaft bleibt nur: Warum kommt kein Waffe auf den naheliegenden Gedanken, katholische Unternehmerverbände zu fordern sowie Vereine katholischer Rechtsanwälte, Großindustrieller, Bankiers, Bauunternehmer usw.? Warum duldet man, daß katholische Scharmacher in trauter Gemeinschaft mit protestantischen, jüdischen, arbeitslosen Vertretern kapitalistischer Interessen sich gegen Arbeiter verbinden? Solcher Interkonfessionalismus stört die Gottesmänner nicht, ihr heiliger Eifer dient nur der Erhaltung und Förderung der — Ausbeuterordnung!

Gegen den Zehnstundentag. In Oesterreich besteht seit 1885 der gesetzliche Elftundentag für Fabriken. Aber auch diese „Höchstleistungszeit“ wird durch eine sehr freigebige Gemährung von Ueberstunden ständig überschritten. In fast allen europäischen Ländern ist inzwischen die Maximalarbeitszeit — wenigstens für Arbeiterinnen — durch Gesetz auf 10 Stunden, zum Teil noch weniger, festgesetzt worden. Auch in Oesterreich haben die sozialdemokratischen Abgeordneten alljährlich Vorschläge auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für alle Erwerbstätigen erneuert. Auch vor einigen Wochen wurde im Sozialpolitischen Ausschuß des Parlaments über einen derartigen Antrag verhandelt und wieder stimmten ihn die Parteien der Mehrheit nieder, darunter auch die Christlich-Sozialen, die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften in Oesterreich!

Kollegen, agitiert für den Verband!

Berichte.

Waldheim. Der am 19. Juli stattgefundenen Monatsversammlung lag folgende Tagesordnung zur Erledigung vor: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal; 2. Bericht vom Bildungsausschuß; 3. Kartellbericht; 4. Vergütungen betr.; 5. Verbandsangelegenheiten. Der Kassenbericht, vom Kollegen Rasch gegeben, zeigte eine Einnahme und Ausgabe von 3261,54 M bei einem Kassenbestand von 1003,38 M. Die Lokalkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 1148,37 M bei einem Kassenbestand von 503,35 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Vom Bildungsausschuß berichtete Kollege G. Leisberg im besonderen über die in diesem halben Jahre geplanten Vergütungen. Den Kartellbericht ergänzte Kollege Rasch durch einen Bericht von der in Leipzig stattgefundenen Versammlung, welche sich mit den neuen Krankentafelbestimmungen beschäftigte. Zu Punkt 4 erklärte man sich mit dem von der Verwaltung beschlossenen Vergütungen einverstanden; dasselbe soll am 13. September stattfinden. Der 1. Bevollmächtigte gibt noch das Wahlergebnis bekannt und rügt die schwache Beteiligung an der Wahl und bittet am Schluß, mehr Interesse und Teilnahme zu zeigen als bisher und alle persönlichen Sachen beiseite zu lassen, da diese doch wahrlich nicht zur Stärkung unserer Organisation dienen.

Pegnitz. Am 21. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 2. Quartal und von der Lokalkasse; 2. Neuwahl eines Unterkassierers; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 verlas Kollege D. P. die Abrechnung, die bei der Prüfung in bester Ordnung befunden wurden; ihm wurde Entlastung erteilt. Als Unterkassierer wurden für die Kartellkasse die Kollegen H. J. und Kollege Sch. u. b. einstimmig gewählt. Im Verschiedenen wurde über die Rauchwaren gesprochen und nochmals darauf hingewiesen, wer keine Rauchwaren steuert, kann auch bei einer eventuellen Arbeitslosigkeit oder Krankheit keine bekommen. Kollege G. r. sprach sodann von der Kandidatenwahl, daß für den 12. Mai die Kollegen Seibt, G. r. und G. r. in Dresden, Bittermann, Dresden, Langner, D. H. und K. r. in Leipzig, K. r. in Leipzig gewählt worden sind und bedauert, daß sich hier in Pegnitz leider nur 43 von 99 Mitgliedern an der Wahl beteiligt haben. Die Interessiertheit der Pegnitzer Kollegen sei einfach grenzenlos, das sehe man auch wieder an der heutigen Versammlung; denn es ist ein Krassenpiel, wenn von 99 organisierten Kollegen und Kolleginnen nur 17 anwesend sind. Und diese Anwesenden sind immer dieselben, die anderen Kollegen haben ja nicht notwendig, die Verhandlungen zu besuchen. Kollege B. r. sprach noch über die „Vollfürsorge“; man möge sich soviel als möglich daran beteiligen.

Nürnberg. Am 22. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Gauleiter Sch. u. b. über den Verbandsstag in Heidelberg referierte. Redner führte die trostlose Lage der Arbeiter in der Tabakindustrie vor Augen und betonte, daß es unjense Aufreiß sein müsse, einen möglichst gleichen Mindestlohn im ganzen Reich zu erreichen, denn nur dadurch wäre es möglich, den Wanderergelühten gewisser Fabrikanten entgegenzutreten. Im Süden und die Lebensbedingungen noch teurer als im Norden. Es müsse

deshalb allerorts in eine lebhaft Agitation für den Verband eingetreten werden, damit wir vollständig organisiert sind. Und dann müßte der Verbandsstag in Heidelberg dafür sorgen, daß zurecht Mittel für den Kampf zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Die Dauer der Unterfütterung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit könne in der bisherigen Höhe nicht aufrecht erhalten bleiben, wenn man den ersten Zweck erreichen wolle. Bei gleicher Höhe der Beiträge bestehe keine Organisation so viel Unterstützung als wir unsere. Die Versammlung zeigte viel Verständnis für diese Reform und war mit den Ausführungen des Kollegen Sch. u. b. einverstanden. Der Kollege Sch. u. b. referierte dann über die Notwendigkeit zur Abhaltung einer Gauleiterkonferenz. Die Konferenz findet am 17. August in Frankfurt a. M. statt. Nachdem die Delegiertenwahl vollzogen war, trug ein scharfer Kollege einige von ihm selbst gebildete politische Reden vor.

Wiesbaden. Am 23. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Bei der Neuwahl des Kartelldelegierten wurde an Stelle der Kollegen Sch. u. b., welche eine Wiederwahl ablehnten, der Kollege L. u. b. einstimmig gewählt. Dann gab Kollege Sch. u. b. noch einige Worte und Ratsschläge zur Agitation und Organisation.

Mainz. Am 24. Juli fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. der Verbandsstag in Heidelberg; 3. die Gauleiterkonferenz in Frankfurt a. M.; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Ueber den Verbandsstag referierte Gauleiter Sch. u. b. Derselbe betonte, daß es unbedingt notwendig sei, die Unterfütterungseinrichtungen anders zu gestalten; bei der bisherigen langen Unterfütterungsdauer werde der größte Teil der Einnahmen für Unterfütterungen verausgabt und der Hauptzweck des Verbandes, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken, müsse darunter leiden. Redner führt einige Fälle an, wo Mitglieder große Summen als Unterfütterung in einem Jahre bezogen haben. Im großen und ganzen war die Versammlung mit den Ausführungen des Kollegen Sch. u. b. einverstanden, nur ein Kollege meinte, man solle die Unterfütterung doch mindestens vom vierten Tage ab zahlen. Kollege Sch. u. b. erwähnte, man solle in allen Orten dafür sorgen, daß auch etwas in die Lokalkassen hineinkommt, dann könnte man auch in diesen Fällen Hilfe den Mitgliedern zur Seite stehen. Als Delegierter zur Gauleiterkonferenz wurden zwei Kollegen gewählt, einer davon wird aus der Lokalkasse bezahlt. Unter Verschiedenes verles Kollege L. u. b. verschiedene schriftliche Eingänge betreffs Anwartschaft zur Krankentafel, Volksfürsorge usw. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf.

Landshut a. d. W. Am 26. Juli fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Wahl eines Schriftführers; 3. Kartellbericht und Wahl eines Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Dem Kassierer Kollegen Sch. u. b. wurde auf Antrag der Revisoren für die vorliegende Abrechnung Entlastung erteilt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Wilhelm St. als Schriftführer gewählt. Zu Punkt 3 gab der Kollege D. r. W. in ausführlicher Weise den Kartellbericht. Er gab bekannt, daß ein Gewerkschaftsbesitz stattfindet und sprach hierbei den Wunsch aus, daß sich ein jeder Kollege am Anzug beteiligen möge. Dieses Ziel werde nur einmal im Jahre gefeiert, da sei es Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, sich zu beteiligen. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Albert W. u. b. gewählt. Beim Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, Lokalmatten einzuführen. Kollege St. u. b. stellte den Antrag, daß jedes Mitglied 10 M Lokaltaxa pro Monat zahlen solle. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß der Versammlung wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt.

Froburg. Die am 29. Juli tagende Mitgliederversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden mit Verlesung folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Ergänzungswahlen zur Verwaltung; 2. Anschluß an das Gewerkschaftskartell; 3. Wahl der Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Beim ersten Punkt wurden die Kollegen F. M. u. b. zum Schriftführer, J. G. u. b. und H. S. u. b. als Kommissionsmitglieder gewählt. Beim 2. Punkt stellt nach ausführlicher Begründung der Kollege L. u. b. den Antrag, sich sofort dem Gewerkschaftskartell anzuschließen. Nachdem sich der Kollege Sch. u. b. auch noch dafür ausgesprochen hat, wird der Antrag einstimmig angenommen. Darauf nimmt der Vorsitzende das Wort vom Gewerkschaftskartell das Wort. Er begrüßt es, daß sich die Tabakarbeiter dem Kartell anschließen haben, und gibt einen längeren Bericht über die neu zu schaffende Ortskrankenkasse für Froburg. Er führte unter anderem aus, daß die Gewerkschaften sich zusammenschließen müssen, um bei den kommenden Ortskrankentafelwahlen nicht den vaterländischen Vereinen zu unterliegen, was für die arbeitende Bevölkerung keine Vorteile bieten würde. Nachdem er den Tabakarbeitern noch empfohlen hat, an den Arbeiten regen Anteil zu nehmen, schließt er unter Weisung seines Bericht. Beim 3. Punkt werden die Kollegen G. L. u. b. und M. Sch. u. b. als Delegierte gewählt. Bei „Verschiedenes“ behaupten die Kollegen Sch. u. b. und L. u. b., daß die Tabakarbeiter von Froburg nicht auch Stellung zum Verbandsstag genommen haben. Nachdem sie einige Fälle angeführt hatten, wozu sie gerne Anträge gestellt hätten, stellt Kollege L. u. b. den Antrag, mindestens vierteljährlich eine Versammlung stattfinden zu lassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auch stellt Kollege Sch. u. b. den Antrag, eine Lokalkasse zu schaffen und einen wöchentlichen Beitrag von 5 M zu erheben. Der Antrag wurde angenommen. Nachdem noch einige örtliche Sachen besprochen worden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Emmendingen. Am 30. Juli tagte hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Kartellbericht; 3. Gauleiterkonferenz in Emmendingen und Wahl zweier Delegierten; 4. Verschiedenes. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege L. u. b. den Kassenbericht; ihm wurde Entlastung erteilt. Den Kartellbericht gab Kollege P. u. b., wozu dann der anwesende Gauleiter Kollege D. u. b. die Frage der Volksfürsorge erläuterte. Beim 3. Punkt der Tagesordnung, Wahl zweier Delegierten zur Gauleiterkonferenz, wurde Kollege K. u. b. von den Zigarrenmachern und Kollege K. u. b. von der Sektion der Sortierer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden nur einige unwesentliche Fragen besprochen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht.

Verbandsstil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Selbst-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankeinstellung der Groß- und Kleinhändler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in B. D. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5340 beim Postämteramt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Händorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Ellen, Altona-Düppel, Friedensallee 46, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Zu konfiszieren und einzuliefern ist: Das Mitgliedsbuch S II 51 075, lautend auf Karl Paul Michaelis aus Neuhäfenfeld bei Leipzig. M. ließ sich in Klein-Schmalldorf unberechtigter Weise für 6 Tage 7,20 M Arbeitslohnunterstützung ausbezahlen, obgleich das Buch nicht in Ordnung ist. Da anzunehmen ist, daß M. weiter verurteilt wird, Unterfütterungen zu erheben, werden die Bevollmächtigten besonders auf ihn aufmerksam gemacht. (S. Br. 1906.)

Als gestohlen wurde gemeldet: Die Wanderkarte des Zigarrenmachers Andreas Sternia aus Graunow oder Adelsau, S I 84 161, eingetretener 1. Mai 1911. Die Karte ist im Borgelegungsfall zu konfiszieren und dem Vorstande einzuliefern. (Siehe Nr. 1917/2.) Der Vorstand.

Abrechnungen vom 2. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 20. Juli bis 6. August:

1. Gau Hamburg: Daffow.
2. Gau Braunschweig: Helmstedt, Clauschal, Uster.
3. Gau Hersfeld: Dellinghausen, Vst, Duernheim, Menstedt.
4. Gau Köln: Emmerich, Dortmund.
5. Gau Frankfurt a. M.: Langensfeld, Ors, Abgenau.
6. Gau Offenbach: Lohr, Straßburg, Hundewer.
7. Gau Erfurt: Greunburg, Teuchern, Weisenfels, Admura.
8. Gau Dresden: Dreitzsch, Müschler, Feltsch.
9. Gau Breslau: Birnbaum, Brieblus, Wanzen, Miltoslaw, Olaf, Görlitz, Schram a. d. W.
10. Gau Berlin: Zehndorf, Bernau, Jossen, Dreifen, Forst, Lübben, Nauen, Besten, Sommerfeld.

Vom Vorstande sind ernannt:

Merseburg: Friedrich Eh als 2. Bev.
Pegnitz: Dr. Kraft als 1., Frau Emilie Tischer als 2., Aug. Mittelstädt als 3. Bev.; Rich. Löbert und Frau Emma Schulz als Bev.
Schönlank: Max Schuabel als 1., Anton Hiplinski als 2., Otto Bandow als 3. Bev.; Emil Fischer, Fr. Kathe Gubay als Bev.
Prenzlau: Rich. Menge als 1., Karl Berth als 2., Max Dichtenberg als 3. Bev.

Adressenänderungen.

Merseburg. Der 2. Bev. Friedrich Eh wohnt Neumarkt 12 II. Wildeshausen (1). Alle für die Zählstelle Wildeshausen bestimmten Zuschriften sind an den 2. Bev. Fritz Wemhoff, Huntestr. 12, zu richten.
Pegnitz (11). Die 2. Bev. Frau Emilie Tischer wohnt Neugasse 96 I. Nürnberg (9). Der 1. Bev. Gust. Michel wohnt Göttingerstr. 15.
Schönlank (13). Der 1. Bev. Max Schuabel wohnt Lindenstr. 12; der 2. Bev. Anton Hiplinski, Bahnhofsstr. 48.
Prenzlau (13). Rich. Menge, 1. Bev., Neustadt; Karl Berth, 1. Bev., Neustadt.
Wittenberg (13). August Bergmann, 1. Bev., Köhlftr. 5 I.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

Begegnung: A. u. u. im Verkehrslokal, Aug. Kämpfert, Sedanplatz 7.
Fingertal: A. u. u. und A. u. u. bei Peter Wenz, Kaiserstr. 58, Samstag nachmittags von 5 bis 6 Uhr; für wandernde Mitglieder von 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 8 Uhr abends.
Pampertshelm: A. u. u. wird an wandernde Mitglieder nicht ausgezahlt.
Raumburg: A. u. u. wird an wandernde Mitglieder nicht ausgezahlt.
Wiesbaden: A. u. u. wird an wandernde Mitglieder nicht ausgezahlt.

Vom 20. Juli bis 3. August 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

- 26. Juli: Stargard 50,—, Stuttgart 200,—, Lungenau 100,—, Babenhausen 800,—, Rheda 140,—, Zargau 40,—, 27. Juli: Ergleben 40,—, Eisleben 40,—, Bernburg 200,—, Apolda 100,—, Blankenehe 40,—, Schönbühnen 80,—, 28. Juli: Jüterbog 100,—, Jossen 50,—, Waldorf bei Heidelberg 50,—, Kirchlangern 350,—, Spradow 100,—, Stendal 80,—, Uetersen 50,—, Zehndorf 50,—, Klein-Schmalldorf 80,—, Weida 100,—, Jastram 100,—, Dreifen 100,—, 29. Juli: Wanzen 100,—, Dellinghausen 150,—, Helmstedt 60,—, Pymont 200,—, Unterrieden 45,—, 30. Juli: Dresden 300,—, Langenbielau 50,—, Forst 50,—, Muskau 50,—, Nauen 180,—, Wildeshausen 115,—, Heidelberg, den 4. August 1913.

W. Niederwiesland, Kassierer.
Für die ausgebehaltenen Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen:
23. Juli: Schweden 10,08 M.
Bremen, den 4. August 1913. C. Deichmann.

Mitglieder-Versammlungen.

Steigt den gewohnheitsmäßigen Versammlungswinzern, wo ihr sie trifft, aufs Dach und sagt ihnen, was sie zu tun haben!

Sonnabend, den 9. August:
Gänern. Ab. 8 1/2, im Bürgergarten. T.-D.: Abrechnung, Kartellbericht, Verschiedenes.
Wittenberg. Ab. 8, Kolosseum. T.-D.: Abrechnung; Bericht vom Verbandsstag (Ref. Schumann).
Neubaus a. d. E. Ab. 8 1/2, in Wipfels Union. T.-D.: Bericht vom Verbandsstag. Referent W. Laubau.
Sonntag, den 10. August:
Groß-Ohliden: Ab. 7 1/2, bei Gastw. Bruf. T.-D.: Abrechnung, Delegiertenwahl zur Gauleiterkonferenz, Verschiedenes.
Hildesheim: Nachm. 5, bei Ehlers. T.-D.: in der Versammlung.
Mannheim: Nachm. 2, Erbrington O 5, Nr. 1. T.-D.: Abrechnung und Quartalsbericht; Bericht vom Verbandsstag; Vertreterwahlen zur Gauleiterkonferenz; Verschiedenes.
Montag, den 11. August:
Döbau: Ab. 8, bei Rest. Th. Heinrichs. T.-D.: Gauleiterkonferenz in Dresden, Verschiedenes.
Donnerstag, den 14. August:
Finstertal: Ab. 8, in Raundorf. T.-D.: Bericht vom Verbandsstag, Wahl eines Delegierten zur Gauleiterkonferenz, örtliche Angelegenheiten.

Gestorben:

Am 17. Juli zu Greunburg Christine Fischer aus Greunburg, 29 Jahre alt.
Am 2. August in Miltoslar Stanislaus Kolecki aus Frankfurt.
Chre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.
Eingegangen vom 22. Juli bis 4. August: Halle 30,—, Duisburg 100,—, Görlitz 100,—, Offenbach 60,—, Emmendingen 100,—, Freiberg 40,—, Stuttgart 80,—, Heiligenstadt 75,—, Goldenstedt 40,—, Altenburg 100,—, Wittweida 40,—, Rostock 42,50.
Sterbekasse: Halle i. B. 4,50, D. H. 124,66, Duisburg 32,82, D. H. 27,60, Pirna 42,50, Braunschweig 10,96, R. u. H. 9,—, Görlitz 61,10, Hildesheim 10,84, Mannheim 7,50, Würzburg 28,98, Freiberg 28,98, Bambed 20,16, Halle a. d. E. 27,04, Stuttgart 17,71, Babenhausen 22,50, Goldberg 15,99, Würzburg 29,44, Wilmwärd 26,—, Nordhausen 22,—, Heiligenstadt 15,50, Südlengern 51,26, Schönlank 26,50, Heilbronn 101,28, Rostock 7,50, Pegnitz 48,—, Wittweida 15,18, Okerode 29,65, Baugen 31,74.
Zuschüsse: Pirna 142,50, Mannheim 107,50, Bünde 75,—, Braunschweig 10,96, Labenburg 50,—, Hildesheim 10,84, R. u. H. 9,—, Würzburg 58,42, Hamburg 200,—, Bambed 100,—, Goldberg 15,99, Mündenheim 50,—, Schönlank 26,50, Südlengern 51,26, Heilbronn 101,28, Rostock 7,50, Pegnitz 48,—, Wittweida 15,18, Okerode 29,65, Baugen 31,74.
Zuschüsse: Pirna 142,50, Mannheim 107,50, Bünde 75,—, Braunschweig 10,96, Labenburg 50,—, Hildesheim 10,84, R. u. H. 9,—, Würzburg 58,42, Hamburg 200,—, Bambed 100,—, Goldberg 15,99, Mündenheim 50,—, Schönlank 26,50, Südlengern 51,26, Heilbronn 101,28, Rostock 7,50, Pegnitz 48,—, Wittweida 15,18, Okerode 29,65, Baugen 31,74.
Hamburg, den 4. August 1913. J. Ditt.

H St. Felix-Brasil: Grosse reine Blätter von Dannemann F

wunderbare Qualität: Nr. 1968 à Mark 1.75 verzollt: prachtvolles Material

Horrend billige Sumatra-Decken, Schneeweiß brennende, edle Deli-Tabake:

No. 1946. Vollblatt 2. Länge, hell, zart, reinfarbig	Mk. 2.10	No. 1935. Lochblatt 2. Länge, hell, narbig, sehr blattig	Mk. 2.50
Nr. 1934. Vollblatt 3. Länge, lebhaft Farben, hochfein	Mk. 2.15	No. 1964. Vollblatt 2. Länge, matt, Qualitätstabak, leicht	Mk. 2.50
No. 1965. Lochblatt 1. Länge, zarter, guter Linksroller	Mk. 2.20	No. 1947. Vollblatt 2. Länge, edel, reine matte Farben, vorzüglich deckend	Mk. 2.70
No. 1902. Vollblatt 2. Länge, vorzüglicher Linksroller	Mk. 2.40	No. 1936. Vollblatt 2. Länge, hell, reine Farben, feinsten Geschmack	Mk. 2.85

:: Beordern Sie in Ihrem eigensten Interesse sofort Muster! ::

Gebrauchte Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Gegründet 1879

Berlin N. 54
:: Brunnen-Strasse 22

Postscheckkonto: Berlin 1738 Telefon: Amt Norden 4352

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Westerstrasse 96.
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183
Besonders preiswertes Angebot:

Sumatra - Vollblatt - Decken

No. 182. Hochfeine 2. Länge à 700
No. 103. Hochfeine 3. Länge à 400
No. 184. Hochfeine 3. Länge à 300
No. 185. Linksroller, 2. Länge à 250
No. 191. Hochfeine, 2. Länge à 550

Vorstenland- und Java-Decken

No. 1126. Kehrdecker, duff, 2. Länge à 300
No. 1147. Kehrdecker, matt, 2. Länge à 190

Sumatra- und Vorstenland-Umblatt

schönes Material à 160
sowie in allen anderen Sorten zu allerbilligsten Tagespreisen.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14
Neu eingetroffen:
Java-Umblatt Tjondro No. 7372
leicht, blattig, sicher brennend, M. 1.60 pro Pfund verzollt.
Sumatra No. 6869
2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt
Beordern Sie Muster!

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 à, bei Abnahme von 100 Pfund 90. - M. Franko Aufwendung. Hochfeine Mischung zu 5 à-Zigarren. III. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Pirnawallstr. 9

Bestes Rohtabak-Verhandlungsgeschäft der Provinz. - Gegr. 1886.

Carl Roland, Berlin SO. Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. 10
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Ueberreife bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 35 Fernsprecher 3946
empfehlen in bester Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 à
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 à
Java-Decker dunkel 220 à, hell 260, 280, 300, 320 à
Java-Umblatt 140, 165, 160, 165 à
Java-Einlage 95 à, mit Umbl. 110, 120, 130 à
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 à
Brasil-Decker 175, 200, 210 à
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 à

Wickelformen (neue und gebraucht in allen Fassungen von 50-150 à)
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, mit 7.50 M. Gummi-Traganten, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Stk. 250 à. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 à. Bastbündelband, grau mit lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 à. 19
Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
- anerkannt reelle, billige -
Bezugsquelle sämtlicher Tabake empfiehlt

Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 à
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 à, Stückblatt 150, 170 à
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 à, (mittel) 200, 220, 240, 250 à
Java-Umblatt (leicht, Rottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 à
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 à
Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 280, 270, 300, 320, 350 à
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 à
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 à
Geschnittene Einlage 110 à
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 à
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 à
Sesil (blattig) 95, 100 à
Original-Mischung 105, 110, 120 à
Havana 150, 200, 250, 300, 400 à
Decker 650 à
Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 à

Borrmann & Spedit

Rohtabak - Bremen
empfehlen in hervorragenden Qualitäten und sehr preiswert:

Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelfarbig und von großer Deckkraft, Pfd. 2.45 M., hellfarbig und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.
Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr leicht, Pfd. 2.90 u. 3.15 M.
Felix-Decker, das Feinste in Brand u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.
Als Ersatz für Brasil-Decker allerfeinste dunkle Vorstenland-Decke größte Deckkraft, Pfd. 1.90, 2.10 M.
Carmen-Umblatt la. la., das Beste, was es hierin gibt, großes, volles, zartes Blatt, Pfd. 1.60 M.
Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen, Pfd. 1.45 M.
Domingo-Umblatt und Einlage, trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.
Java-Umblatt, beste Qualität, großes volles Blatt, Pfd. 1.40 M.
Java-Einlage, sehr blattig u. feinschmedend, Pfd. 1.15, 1.25 M.
Havana-Vuelta Pfd. 3.10, 3.75 M.
Yara-Cuba (sauer) Pfd. 2.50, 2.70, 2.80 M.
Brasil-Umblatt und Einlage, sehr fein im Geschmack, Pfd. 1.60 M.
högut 95 à, 1 M., Original-Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M.
Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt, einschließlich Wertzoll. Versand nur gegen Nachnahme.

Hamburger Rohtabaklager

Inh. John Levie, Seesen a. H.
Seiten günstige Angebote in mausgrauen Farben feinsten Deli-Tabake.

Nr. 199. Stückblatt 1. Länge, matt u. gute Deckkraft 370 à
Nr. 202. Vollblatt E V, 3. Länge, enorme Deckkraft, federleicht, vollständig reinfarbig 700 à
Nr. 196. Vollblatt HDV 2, Vollblatt 2. Länge, Amsterd. Langk. 1200 à
Nr. 206. St. Cyr. Dell, Lochblatt 3. Länge, ganz reinfarbig 330 à
Nr. 208. 2. Länge Stückblatt hell, blütenweiss. Brand 250 à
Nr. 207. Madam SSK/Dell, 2. Länge-Vollblatt, edler reifer Tabak 800 à
Nr. 209. J Pack/Dell, 2. Länge Vollblatt, blütenweisser Brand 750 à
Nr. 212. Vorstenlanden-Decke, Nr. 413, 1. Länge, enorme Spannkraft, schneeweiss. Brand 225 à
Vorstenlanden-Einlage 110 b. 120 à, leicht und trocken.
Vorstenlanden-Umblatt, 1. Lg. Stückblatt, viel Decke enthaltend 150 à

Mechaniker gesucht!

Mechaniker für Betrieb der Zigaretten- und Hülfsmaschinen, Kartonagenmaschinen verschiedener Systeme usw. wird zu eventuellem sofortigen Dienstantritt gesucht. Gesuche mit Schulzeugnissen, Zeugnissen über die bisherige Verwendung sind unter Angabe des Lohnanspruches bis längstens 1. September 1913 an die Direktion der S.-h. Tabakregie in Sarajevo (Bosnien) zu richten.

Rohtabak-Handlung Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen
Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 25. (95)

Der Zigarrenmacher Richard Kling aus Johannegeorgsstadt möchte seine Adresse angeben, da sein Vater gestorben ist. Die Bevollmächtigten werden erucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.
Seine Mutter.

Unserer Kollegin Marie Weisfelders zu ihrer am Samstag, den 9. August, stattfindenden Hochzeit die herzlichste Gratulation.
Die Mitgl. der der Sahlische G. G. M.

Unserem Kollegen Aug. Thann und Frau zu der am 11. August stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen u. Kolleginnen der Zigarrenmacherei in der Fabrikzentrale S. V. S. V. S. V.

Unserm Freund und Kollegen Geirr. Günther nebst Frau Frida Rolte zu ihrem am 10. und 15. August stattfindenden Regenerfesten die herzlichste Gratulation.
Jat. Seirin nebst Frau und Geirr. Niegel, Gießen.

Briefkasten.

Johannegeorgsstadt 70 à
S. G. M. 70 à
Gießen 80 à